



Stäube:
Vorsicht
Krebsgefahr

Seite 2



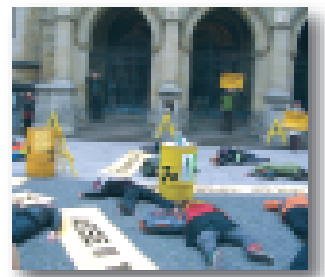
CDU
profitierte

Seite 2



VW ist
Haupt-
nutzer

Seite 3



Braunschweig
radioaktiv?

Seite 6

UNSER-BRAUNSCHWEIG

Die Zeitung der Bürgerinitiativen | **B·I·BS**

Nr. 3 | 2. Jahrgang | 105 000 Exemplare | www.unser-braunschweig.de | Mai 2010

**Lesen Sie, worüber
andere Zeitungen
nicht berichten...**

Zinstrickser und Gaukler

**Durch Privatisierung
Um die Privatisierung der
Oberbürgermeister mit**

**verliert Braunschweig über 100 Millionen.
Stadtwerke positiv darzustellen, rechnet der
einem unrealistischen Zinssatz von 5%.**

Kennen Sie eine Geldanlage, die langfristig und seriös 5% Zinsen garantiert?

Spätestens seit dem Zusammenbruch der Lehman Brothers Bank weiß eigentlich jeder, dass solche Behauptungen unseriös sind. Trotzdem verkünden der Oberbürgermeister und die Beraterfirma KPMG allen Ernstes, dass städtische Gelder langfristig 5% Zinsen erzielen. Unter der Überschrift: **Vorteilhaftigkeit der Privatisierung BVAG heißt es in einer Vorlage des Oberbürgermeisters (Drucksache 10522/09):** „Die kalkulatorischen Zinsen auf den Kaufpreiserlös betragen jährlich rd. 23 Mio. € (Zinssatz 5%).“ Klingt kompliziert? Zuerst zu offensichtlichen Dingen: Manche Bürger haben vor der Finanzkrise ihr Vermögen Bankern anvertraut und müssen heute zusehen, wie ihr mühsam verdientes Geld ohne Gegenleistung den Besitzer gewechselt hat – denn Finanzberater und Banker hatten unseriöse Geldanlagen empfohlen. Dabei wurde eine langfristige hohe Verzinsung vorgegaukelt, die langfristig nie erzielt werden konnte.

Erspartes, eigentlich für die Altersversorgung gedacht, wurde so ohne Gegenleistung an unseriöse Finanzfirmen in Steueroasen überwiesen. Die Helfer, also Berater, Notare, Rechtsanwälte und willige Banker werden mit üppigen Provisionen bedacht, unter Fachleuten „Transaktionskosten“ genannt. Politiker haben begleitend passende Gesetze zur Abschaffung aller Kontrollen auf Kapitalmärkten verab-

schiedet und wurden und werden dafür mit gut dotierten Posten nach ihrer Amtszeit belohnt. Was hat das alles aber mit Braunschweig zu tun? Einiges. Denn die Gier dieser Seilschaften verschont auch nicht das über Jahrhunderte erarbeitete öffentliche Vermögen unserer Stadt. Wie in anderen Städten garantiert in Braun-



schweig jede Privatisierung öffentlichen Eigentums den Beratern eine üppige Vergütung. Die Beraterfirma KPMG hat z. B. 2005 allein für die Privatisierung des kommunalen Abwasserbetriebes in Braunschweig der Stadt 3,4 Mio. € in Rechnung gestellt und aus dem Stadthaushalt bezahlt bekommen. Bei 50,- € Stundenlohn und 2000 Arbeitsstunden im Jahr entspräche das einer Arbeitsleistung von 42 Jahren.

Braunschweig radioaktiv?

Bürgerinitiativen wollen Vorsorge- und Notfallplan zum Schutz vor radioaktiver Belastung
Um den Schutz der eigenen Bevölkerung vor radioaktiver Belastung, z. B. durch austretendes ASSE-Wasser, sicherzustellen, soll die Stadt Braunschweig:

1. mit den zuständigen Stellen darauf hinwirken, dass ein geologisches Netzwerk mit geografischem Kataster der betroffenen Region erstellt wird,
2. schnellstmöglich einen Notfallplan für das Braunschweiger Stadtgebiet erstellen. Braunschweig wird von Wasseradern tangiert, die aufgrund der geologischen Formationen im Urstromtal der Oker auch mit den Salzstöcken von Asse, Salzgitter und Morsleben in Verbindung stehen können. Aufgrund ihres Salzgehaltes werden solche Quellen als so genannte „Salzqueller“ bezeichnet, wie auf Seite 3 dargestellt. Die oberflächennahen Grundwasserströme folgen nämlich der Topographie in diesem Bereich entsprechend in nördliche Richtung, also Richtung Braunschweig.

weiter im Artikel Asse und Salz-Queller auf Seite 6

Braunschweigs Tafelsilber ist ausverkauft.
In Braunschweig ist der Ausverkauf des kommunalen Vermögens seit dem Amtsantritt des Oberbürgermeisters 2001 weit fortgeschritten. Die kommunale Müllentsorgung, die Energiewirtschaft, der Abwasserbetrieb und der Schlosspark wurden billig verkauft. Wo früher die Gewinne der Betriebe

Gegen Flughafenausbau und für Demokratie

Seit Januar 2010 wird im Norden Braunschweigs täglich gegen den Ausbau des Braunschweiger Flughafens demonstriert, durch den die Konzerne Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) und Volkswagen AG gewinnen, mehrere Tausend Bürgerinnen und Bürger in und um Braunschweig aber durch den Verlust an Lebensqualität und mit ihren Steuergeldern die Zeche bezahlen sollen.

Die Demonstrationen konnten im April 2010 ihr 100. Jubiläum begehen und erfreuen sich weiterhin grossen Zuspruchs in der Bevölkerung. Auch die örtliche Kirche steht hinter den Demonstrationen. Ziel ist ein Stopp

des unsinnig erscheinenden Ausbauvorhabens und eine Offenhaltung der mit einem Ausbau von einer Sperrung bedrohten, aber lebensnotwendigen Grasser Strasse – notfalls durch einen Tunnel. Ein weiteres Ziel ist die Wiederaufforstung des durch die bisherigen Arbeiten ruinierten, aber hochgeschützten Landschafts- und Vogelschutzgebiets Querumer Forst.

Der von einem Ausbau am schwersten betroffene Stadtbezirk Bienrode-Waggum-Bevenrode nahm zwar am 8. 6. 2004 mehrheitlich den Antrag: „Die Grundlage für die seinerzeitige Zustimmung der SPD zur Verlängerung der Start- und Landebahn ist durch die Rücknahme der Zusage der Stadt für

die Tunnellösung nicht mehr gegeben. Unter diesen neuen Bedingungen wird die Verlängerung der Start- und Landebahn abgelehnt.“ an. Die Vertreter im Rat der Stadt Braunschweig Kliesch (Stadtbezirksbürgermeister, CDU) und Sehr (Fraktionsvorsitzender der CDU im Stadtbezirk und im Rat) taten jedoch nichts, um diesem Beschluss Wirkung zu verleihen. Statt dessen stimmten Kliesch und Sehr im Rat allen Anträgen zu, die den Ausbau des Braunschweiger Flughafens zum Ziel hatten. Spät mag Kliesch und Sehr gedämmt haben, wie unsinnig der geplante Flughafenausbau ist und wie undemokratisch und bürgerverachtend ihr Verhalten ist.
weiter auf Seite 3

Inhalt

- Stibiox-Alarm**
Anwohner schutzlos den Stäuben ausgesetzt
Seite 2
- Flughafenausbau umstrittener denn je**
"Der reale Irrsinn",
Seite 3
- Geldschwemme**
Gewinnsprung für BS-Energy, aber Abwassergebühren steigen trotzdem
Seite 4
- Braunschweiger Größenwahn**
Seite 4
- Gedenkstättenkonzept der Stadt BS sang- und klanglos beerdigt?**
Seite 5
- Seilschaften deutscher Gentechnik ... auch in Braunschweig**
Seite 6
- Zentraler Ordnungsdienst (ZOD) gehorcht dem Rathaus**
Seite 7
- Natur ohne Lobby**
Seite 7
- Flughafenausbau auch für militärische Forschungsprojekte**
Seite 8
- ... wie geht es weiter mit der Braunschweiger Zeitung?**
Seite 8

In eigener Sache

Diese Zeitung ist die dritte Ausgabe, die von Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet, herausgegeben und ausschließlich von ihnen selbst finanziert wird. Nach wie vor verschweigt die Braunschweiger Zeitung mehr, als sie berichtet. Wenn Bürgerinnen und Bürger sich zusammen tun, um sich am politischen Geschehen der Stadt zu beteiligen, wird das von der BZ seit Jahren ignoriert. Die in jeder Ratssitzung gestellten Bürgeranfragen finden in der BZ keine Erwähnung. Stattdessen überneh-

men Redakteure auch schon einmal die Presseerklärungen des Oberbürgermeisters wortwörtlich als redaktionelle Artikel. Dies alles hat mit kritischem Journalismus nichts mehr zu tun. Deshalb diese Zeitung! Bürgerinitiativen berichten hier über Hintergründe, Fakten und Geschehnisse in Braunschweig. Weitere aktuelle Informationen finden Sie unter www.unser-braunschweig.de, www.braunschweig-online.info sowie unter www.nachdenkseiten.de für überregionale Themen.



Mit einem Euro oder mehr die nächste Ausgabe sichern.
Spendenkonto: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)
Kto. Nr. 151 322 195 bei der Braunschweigischen Landes-sparkasse (BLZ 250 500 00), Stichwort „Spende“.
Jede Spende ist als „Parteispende“ steuerlich absetzbar!

CDU profitierte von vergessener Wallringsatzung

Warmer Regen für die CDU.

Die Wallringsatzung schützt eigentlich seit alters her in Braunschweig den Grüngürtel des innerstädtischen Okerings vor Überbauung.

Kurze Zeit war die Wallring-Satzung in Braunschweig aber außer Kraft gesetzt. Die Hoffmannsche Bauverwaltung war nach eigenem Bekunden fälschlicherweise in einem bestimmten Zeitraum von der Unwirksamkeit dieser Schutzsatzung ausgegangen.

Während der Bauausschuss-Sitzung vom 4. 11. 2009 bekundete die Bauverwaltung den Irrtum.

In der Ratssitzung am 16. 2. 2010

kam die Nachfrage nach den Nutznießern dieser temporären Amnesie (siehe Punkt 8 der Ratssitzung vom 16. 2. 2010, nachlesbar auf der Homepage der BIBS-Fraktion):

Es war die CDU mit ihrer Partei-Zentrale auf dem Grundstück Gieselerwall Entgegen der Wallring-Schutz-Satzung wurde auf dem CDU-Grundstück ein Restaurant bis fast ins Okerbett genehmigt und 2008 in Betrieb genommen. Pikanterweise war der Bauherr auch noch der Millenniums-Betreiber Werner Lindemann, Urheber des größten Müll- und Gifhügels in Braunschweig am Madamenweg. Lindemann war bereits

durch Parteispenden an die CDU aufgefallen. Desweiteren fanden die letzten großen CDU-Versammlungen 2004 und 2006 (Kandidatenkür Hoffmanns für die Wiederwahl zum Oberbürgermeister) in Lindemanns Millennium-Halle statt.

Dazu die Kreisvorsitzende der CDU und Bez.-Bürgermeisterin von Thune/Wenden/Harxbüttel Heidemarie Mundlos: „Wir erhielten öfter Spenden der Lindemanns. Über die Höhe weiß ich nichts. Das ist allein Angelegenheit unseres Kassierers.“ (BZ, 17. 5. 2008)



Darf eine Kulturstiftung ihr anvertraute Güter vernichten?

Die Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz verwaltet Wald- und Kulturgüter in größerem Umfang.

Per Stiftungsgesetz und von Alters her sind diese Stiftung und die sie verwaltenden Organe der Bewahrung von Kultur, der Pflege und der nachhaltigen Bewirtschaftung der überkommenen Güter, Wälder und Ländereien verpflichtet. An der weitgehenden Abholzung des Querumer Forstes scheiden sich nun die Geister auch innerhalb der

Stiftung. Ging es dabei bislang um die Bewahrung hochgeschützter Natur, so kommen jetzt auch noch denkmalgeschützte Wölb-Äcker hinzu.

Der Stiftungsrat* mit seinen insgesamt 15 Mitgliedern hat dazu nun Post von der Bürgerinitiativen-Fraktion aus dem Rathaus bekommen. Nach einer Beschreibung, worum es bei dem Kulturgut der Wölb-Äcker geht, mündet der Brief an die 15 Stiftungsratsmitglieder und -mitwirkenden sowie an den Direk-

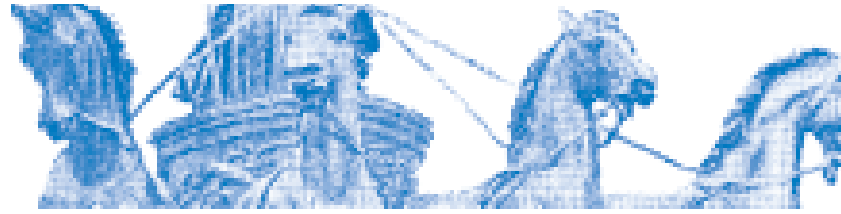
tor der Stiftung mit der Aufforderung: „Der Verlust historisch alter Waldstandorte und kulturhistorischer Wölb-Äcker kann nur durch die „Nullvariante“ (meint, Verzicht auf die Waldvernichtung für den Flughafenausbau) vermieden werden. Eine Kompensation für die einmal vernichteten Wölb-Äcker ist nicht möglich! Hiermit möchte ich Sie um Nachprüfung bitten, wo genau sich Wölb-Äcker auf Ihren Stiftungsflächen befinden. Sie haben es sich zum Ziel gesetzt, die kulturellen und historischen Belange des ehemaligen Landes Braunschweig zu wahren und zu fördern. In diesem Sinne appelliere ich an Sie, dafür einzutreten, dass die Wölb-Äcker im Sinne Ihrer Stiftungsaufgabe geschützt und erhalten bleiben.“

* Stiftungsvorsitzende: OB Hoffmann, Landesbischof Weber und Gerhard Glogowski.

Wölb-Äcker:

Mittelalterlich gepflügte Felder

Besucher bleiben Quadriga fern



Touristen und Braunschweiger Bürgern ist die Besichtigungsplattform der Quadriga offensichtlich kaum einen Besuch wert.

Das geht aus der Stellungnahme der Verwaltung hervor, die die BIBS-Fraktion jetzt auf ihre Anfrage zu den bisherigen Einnahmen aus dem Verkauf von Eintrittskarten erhalten hat. Demnach wurden in den ersten neun Monaten seit Eröffnung am 23.11.2008 lediglich Einnahmen in Höhe von rund 60.000 Euro erzielt, was bei einem Eintrittspreis von 2 Euro einer durchschnittlichen Besucherzahl von rund 110 pro Tag entspricht. Die Verwal-

tung hingegen war von stolzen „600 Besuchern am Tag in den ersten sechs Monaten, danach 300 Besuchern pro Tag“ ausgegangen – hatte für den Vergleichszeitraum ergo mit Einnahmen in Gesamthöhe von 270.000 Euro gerechnet. Also mit mehr als dem 4-fachen! Die BIBS-Fraktion nahm diese grandiose Fehleinschätzung mit Erstaunen zur Kenntnis: „Wir hoffen inständig, dass die für die prognostizierten Zahlen verantwortlichen städtischen Visionäre nicht auch für andere Prognosen – zum Beispiel in den Bereichen Haushalt oder PPP-Projekte - zu Rate gezogen worden sind.“



Braunschweiger Mitgiftjäger

In der Region wächst die Furcht vor Braunschweiger Mitgiftjägern: ehrliche Partnerschaft oder Mitgiftjägerei?

Die Skepsis über die Braunschweiger Pläne für eine Groß-Region ist durch den neuen Vorstoß einer Resolution des Rates eher noch gewachsen. Der Stadt Braunschweig schlägt inzwischen offenes Misstrauen entgegen, und das auch noch aus der Runde der ins Auge gefassten und umworbenen zukünftigen „Bräute“. Aus Peine dazu: „Ein klares Nein!“ „Das Peiner Tafelsilber wird nicht von Braunschweig verramscht!“...

Vertrauen in einer zukünftigen „Ehe“ sieht wohl anders aus...

In Richtung von Dr. Gert Hoffmann rief Kessler: „Der Oberbürgermeister von Braunschweig hat zwar ein schlossähnliches Gebilde geschaffen, aber das gibt ihm nicht das Recht, großherzogliche Ansagen in unsere Richtung zu machen.“

„Der Ruf nach einer Region Braunschweig – da brüllt der hungrige Braunschweiger Löwe, finanziell deutlich geschwächt, weil er alles Tafelsilber verkauft hat – er brüllt, weil er im Westen fette Beute riecht, und diese Beute sind wir“... „...Spazier-

gänge bitte immer unter der Prämisse Gütertrennung und getrennte Kassen.“ Hiesiger OB möchte als der Visionär gelten, der „den Stein ins Wasser geworfen“ hat. (Zitate aus „Neue Peiner Woche“ vom 16. 11. 2008).

Nur kam das außerhalb Braunschweigs eher als Steinwurf auf deren Füße an. Woher sollte auch das Vertrauen der Bräute in spe kommen, wenn man den Umgang mit den vergangenen Bräuten der letzten Eingemeindungen von 1974 bereits deutlich vor Augen hat?

Die ehemals selbstständigen Gemeinden in der Peripherie Braunschweigs können ein Lied davon singen, wie mit ihren Bürgerinteressen umgesprungen wurde:

1. Thune wurde gerade aktuell mit dem vergifteten Boden unter dem Tanklager alleingelassen. Niemals wäre die „gemeindliche Einvernahme“ als selbstständige Gemeinde passiert, wie sie jetzt aus dem Braunschweiger Rathaus zugunsten des Ölkonzerns BP abgestimmt und hergestellt worden ist.

2. Waggum hatte 1974 sein Freibad vertraglich sichern lassen, bevor der Eingemeindung zugestimmt wurde. Dieser Vertrag wurde von Braunschweig mit Beschluss des Spaßbades angeblich „konkludent“ aufgehoben (Vertragspartner auf beiden Seiten des Tisches ist die Stadt Braunschweig selbst und ganz allein, weil sie jetzt ja auch in Rechtsnachfolge für den ehemaligen selbstständigen Ort Waggum auftritt).

3. Wenden verliert ebenfalls sein Bad, welches vom umsichtigen Ortsrat Wenden noch Anfang der 70er Jahre als wichtige Maßnahme der Daseinsvorsorge geschaffen worden war.

4. Hondelage, Waggum und Bienrode verlieren einen ganzen Wald wegen der Flughafenpläne.

Auch dieser Beschluss zulasten hauptsächlich der Anwohnerschaften im Norden Braunschweigs wäre unter der Hoheit der Selbständigkeit dieser Orte chancenlos geblieben.

5. Alle Peripherie-Gemeinden von Mascherode bis Bevenrode verloren 1974 die Hoheit über ihre umfangreichen Kanalbauten und Abwassersysteme im Wertumfang von rd. 70 Mio. DM.

Die Stadt Braunschweig sanierte sich also schon einmal auf Kosten von ehemals selbstständigen Gemeinden.

Wie sollen da denn die jetzt ins Auge gefassten neuen „Bräute“ Vertrauen haben, zumal Hoffmann auch ausgeführt hat, die „Ver- und Entsorgung“ sei eine der zukünftig gemeinschaftlich zu betreibenden Aufgaben?

Kein Wunder also, dass die nächsten Heiratskandidaten jetzt dem Werben aus Braunschweig die kalte Schulter zeigen nach dem Motto:

...die Lage für die kleinen Gemeinden ist schon schwierig genug, ... jetzt bloß nicht auch noch auf einen Heiratsschwindler reinfallen.

Peter Rosenbaum
Ratscherr der Stadt Braunschweig

„Stibiox-Stäube können Krebs erzeugen“

Anwohner schutzlos den Stäuben ausgesetzt



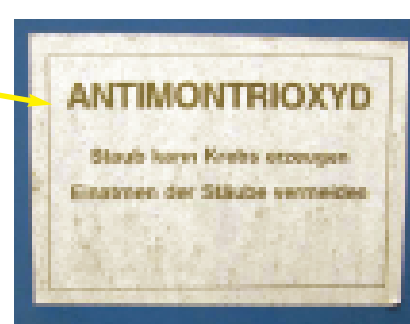
Bereits seit einigen Tagen wird das ehemalige Stibiox-Gelände am Hungerkamp saniert. Dort schlummert über Jahrzehnte die giftige Hinterlassenschaft der Fa. Stibiox.

Die Firma gibt es längst nicht mehr, die Stadt mußte sich des gefährlichen Drecks annehmen. Arbeiter in Schutzanzügen haben mit dem Abbruch der Gebäude begonnen – soweit, so gut.

Versäumt wurde allerdings, die Anwohner auf die Gefahren der Staubentwicklung hinzuweisen.

Das Umweltamt der Stadt informierte zwar über mögliche Lärmbelastigungen und Lkw-Belastungen der Straße Hungerkamp, kein Wort aber über Schutzmaßnahmen für die Menschen des Stadtgebietes.

Das Umweltamt der Stadt wurde deshalb von der Bürgerinitiative aufgefordert, umgehende Sicherungsmaßnahmen nicht nur für die Arbeiter, sondern vor allem auch für die angrenzenden Wohngebiete zu gewährleisten.



...mit winzigem Hinweisschildchen auf Antimontrioxyd-Staub-Gefährdungen am blauen Zugangstor Hungerkamp...

Wussten Sie schon...

... dass im Rat der Stadt oft durch Pairing abgestimmt wird?

Pairing: Wenn jemand abwesend ist, wird seine Abwesenheit dadurch ausgeglichen, dass ein Abgeordneter der Opposition auch nicht an der Abstimmung teilnimmt.

... dass Landschaft und Pflanzenwelt im Querumer Wald unter speziellen Schutz gestellt wurde, um sie großflächig zu vernichten – (mit einer selbst erteilten Ausnahmegenehmigung zur Erweiterung der Start- und Landebahn).



Quelle: www.waggum.de.

100. Demonstration gegen den Ausbau des Braunschweiger Flughafens.

weiter von Seite 1 **Gegen Flughafenausbau und für Demokratie...**

halten von der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde.

Kein Wunder, dass sie zu keiner der 100 Demonstrationen und zu keiner von Dutzenden von Bürgerversammlungen gegen den Flughafenausbau erschienen, um als „gewählte Volksvertreter“ mit den Bürgerinnen und Bürgern in eine Diskussion einzutreten.

Statt dessen versteckten sie sich ängstlich in ihren Mauselöchern und waren

fortan von der Bildfläche verschwunden.

Die Folge ist, dass sich die Bürgerbewegung gegen den Flughafenausbau nun auch zu einer Bewegung für mehr Demokratie in Braunschweig weiter entwickeln wird.

So gesehen sind die Vorbereitungen zur Kommunalwahl 2011 bereits in vollem Gange.

Ralf Beyer

Golfplatz: Bürgerarbeit lohnt sich

Am 12. März gab der OB eine Pressemitteilung heraus und erklärte: „Definitiv kein Golfresort in Mascherode.“

Im Planungsausschuss hatte die SPD gefordert, dass die Planungsbeschlüsse allesamt aufgehoben werden. Nun sind auch im Verwaltungsausschuss die Bebauungspläne für den Wohnungsbau aufgehoben worden. Am 24. 06. 2010 findet noch die Anhörung zum Raumordnungsverfahren statt.

Die Bürger in Mascherode erfuhren aus der Zeitung, dass eine

gigantische Golfanlage geplant wurde. Landwirte, deren Grundstücke betroffen waren, wurden nicht gefragt. Diese Überheblichkeit des OB mit seiner Verwaltung treibt viele Bürger in Braunschweig dazu, sich in Bürgerinitiativen zusammenzuschließen und zu engagieren. Der letzte Satz des OB in seiner Pressemitteilung ist in arroganter, überheblicher Manier gehalten: „*Meinetwegen beerdigen wir den Toten auch noch ordentlich.*“ Wir beglückwünschen die BI Mascherode zu diesem schönen Erfolg. Bernd Müller

Lokale Umwelt-Agenda

Was Wolfsburg hat – und Braunschweig nicht: Lokale Agenda 21.

Agenda 21, das war 1990 die UN-Konferenz von Rio, die ein entwicklungs- und umweltpolitisches Programm für das 21. Jahrhundert erstellte. Darin wurden Nachhaltigkeit und Biodiversität (Artenvielfalt) als Leitlinie öffentlichen Handelns festgeschrieben, und zwar nicht nur für Nationalstaaten, sondern auch für die Kommunen sollten eine lokale Agenda entwickeln.

In der Folge entstanden in über 2000 deutschen Kommunen Interkulturelle Gärten und sonstige kommunale Projekte, die die Produktion mit natürlichen Rohstoffen, menschen- und umweltfreundliche Verkehrsgestaltung und/oder die Förderung von Migranten als Ziel nannten.

Dass es in Braunschweig auch einmal Ansätze dazu gegeben hat, davon zeugen einzelne Spuren im Internet. Doch betrachtet man sie genauer, sieht man, dass sie auf den „Großraum Braun-

schweig“ verweisen; in der Stadt selbst sieht man sich auf das „Umwelt-ABC“ mit seinen 300 Stichwörtern verwiesen. Projekte existieren nicht (mehr). Gibt man dagegen Wolfsburg als Suchwort ein, wird man freundlich begrüßt und auf verschiedene Foren verwiesen, die sich noch regelmäßig treffen: Eines hat Siedlungsentwicklung und Verkehr zum Thema, das andere die Nord-Süd-Zusammenarbeit.

Es gibt Biodiversität auf Rasenflächen, wo Wiesenblumen wachsen sollen, Streuobstwiesen werden betreut, die Innenstadtverdichtung thematisiert, und es gibt einen Einkaufsführer für fair gehandelte Lebensmittel und vieles mehr. Das Umweltamt der Stadt Wolfsburg fühlt sich für diese Projekte zuständig. Ob alles so funktioniert, wie im Netz beschrieben wird, lässt sich natürlich nicht sagen.

Aber Nachhaltigkeit und Artenvielfalt sind zumindest ernsthafte Anliegen in Wolfsburg. Inge Gerlach

Flughafen-Ausbau umstrittener denn je

Der Ausbau des Braunschweiger Flughafens ist umstrittener denn je. Forschung JA - Startbahnverlängerung NEIN heißt es in der Bevölkerung.

Der Versuch der Flughafengesellschaft, die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Internet-Auftritt zu „beruhigen“, ist gescheitert.

Alles sei rechtmäßig gelaufen, so die Flughafengesellschaft. Auch die herrschende Finanz- und Wirtschaftskrise ist rechtlich nicht angreifbar und dennoch nicht gewünscht. Verwaltungsrecht auf der Seite der kapitalgetriebenen Ausbaubefürworter und Ethik, Moral und Schutz der Lebensgrundlagen auf der Seite der Ausbaueegner. Ausgerechnet die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz (Vorsitz: OB Dr. Hoffmann, Vizepräsidenten: Landesbischof Prof. Weber und der wegen einer Reisekosten-Affäre zurückgetretene ehemalige Ministerpräsident Glogowski), die der Wahrung der Braunschweiger Kulturgüter verpflichtet ist, hatte die Fällung von 18.000 Bäumen im Querumer Forst übernommen. Dazu das Mitglied der CDU-Ratsfraktion Manlik: „*Was sind schon 500 Bäume gegen 500 Arbeitsplätze*“ (Ratssitzung am 10.12.2002). Die Vernichtung des hoch geschützten Landschaftsschutz-, Flora-Fauna-Habitat- und Vogelschutzgebiets, das erst durch eine eigens dafür vom Rat der Stadt Braunschweig beschlossene



18.000 wurden gefällt, noch 80.000 Bäume sollen folgen.

Verordnung möglich wurde, kommentierte der Führer der CDU-Fraktion, Sehrt, im Rat mit der Bemerkung, man schaffe ja gerade die Landschaftsschutzgebietsverordnung, um den Wald zu schützen (Ratssitzung am 18.07.2006). Zuvor hatte der Gutachter LaReG im Auftrag der Flughafengesellschaft festgestellt: „*Die hier brütenden Spechte sind somit Teil einer Population mit landes- bzw. bundesweiter Bedeutung in Niedersachsen.*“ (LaReG, Juli 2006).

Auf die Frage nach dem Verbleib des Mittelspechts antwortete Manlik (CDU): „*Der Mittelspecht, der wird umgesiedelt, wenn er denn noch da herumfliegt*“ („Der reale Irrsinn“, NDR Extra3 vom 31.01.2010). Zu Recht fühlen sich daher Bürgerinnen und Bürger von CDU und der das Vor-

haben mittragenden FDP verhöhnt. Von der im Schlepptau mitschwimmenden SPD ganz zu schweigen. Auf die Frage, warum er persönlich dem Vorhaben seine Zustimmung gebe, hatte der Fraktionsführer der SPD im Rat, Pesditschek, keine Antwort und meinte: „*Die Mehrheit der Fraktion hat das so beschlossen*“.

Kein Wunder, dass Bürgerinnen und Bürger im Norden Braunschweigs mit Unterstützung der örtlichen Kirche und der Bürgerinitiative Braunschweig seit Monaten auf die Straße gehen, um gegen diesen Frevel zu protestieren und um noch Schlimmeres zu verhindern.

Der soziale Friede in Braunschweig ist durch das rabiate Vorgehen der herrschenden Clique nachhaltig gestört.

Ralf Beyer

VW ist Hauptnutzer

Volkswagen ist Hauptnutzer des Braunschweiger Flughafens. Jedes Flugzeug verfügt über einen Transponder, worüber die Flugzeugkennung und die Flugdaten übertragen werden. Die Bürgerinitiative hat mit einem elektronischen Gerät alle diese Daten hier vor Ort aufgezeichnet und ausgewertet.

Das Ergebnis der Auswertung für den Monat März ergab einen Nutzungsanteil von 57,1% für VW und deren Konzerngesellschaft angeschlossene Marken (Seat, Porsche, Audi und Skoda).

Die Angaben über die Flugbewegungen sind auf der Seite www.waggum-online.de direkt einsehbar. Auch sind dort die Flugspuren aller Flugzeuge direkt vom Transpondergerät graphisch abrufbar. Damit wird die Flughafengesellschaft zumindest in dieser Richtung transparent gemacht und die Angaben aus Rat und Verwaltung werden direkt überprüfbar. In der Vergangenheit hatte es immer wieder unterschiedliche Angaben über die Intensität der Nutzung gegeben. Die Angaben der Flughafen-Gesellschaft, VW nutze

die Landebahn nur zu 15%, sind nun seitens der Bürgerinitiative mithilfe der aufgezeichneten Flüge widerlegt. Die Volkswagen AG ist auch laut Aussage des Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen Hauptnutzer des Flughafens Braunschweig-Wolfsburg: „*Ich freue mich darüber, dass VW nun auch den verbliebenen Anteil des Landes übernimmt, denn VW ist Hauptnutzer des Flughafens*“, sagte Ministerpräsident Christian Wulff nach der Kabinettsitzung. (Nieders. Staatskanzlei am 31.3.2009).



Aktion der BI Baumschutz am 22. 4. 2010

Nicht erst die erneuten Ausnahmegenehmigung für Baumfällarbeiten in Waggum für einen Supermarkt in der bereits begonnenen Brut- und Setzzeit, sowie die Bedrohung dortiger Fledermauspopulation werfen ein Schlaglicht auf die Braunschweiger Umweltpolitik.

Der Stellenwert von Umweltpolitik in Braunschweig ist mit Beginn des neuen Jahrtausends ein anderer: das selbständige Umweltdezernat wurde abgeschafft und als Umweltamt unter das Baureferat subsumiert, die Mitarbeiter treten längst nicht mehr für die

Natur in Aktion, sondern werden regelmäßig dann vorgeschickt, wenn mit Hilfe des Umweltamtes die Rechtmäßigkeit zur Beseitigung von Natur bei lukrativen Bauvorhaben angesagt ist. Aber die Politik gibt es ja vor: Der selbstständige Umweltausschuss als Fachgremium des Rates der Stadt wurde aufgelöst und im Planungs- und Umweltausschuss untergebracht, noch in diesem Jahr soll das Amtsgebäude am Petritorwall verkauft werden. Die Umwelt wird in Braunschweig ganz einfach abgeschafft, zerstückelt, gerodet, verkauft. So ergeht es auch

den Bäumen und Tieren vom Schlosspark bis zum Querumer Forst. Schutzsatzungen werden entweder ganz gestrichen, wie die Baumschutzsatzung, oder solange ausnahmegenehmigt, bis sie keine Rolle mehr spielen.

Umso mehr aber wird über Umwelt geredet und berichtet: da bekommt die Stadt aktuell einen Umwelt-Preis für's Aufstellen von Radfahr-Schildern. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Sehrt, hatte anlässlich der letzten UN-Umweltkonferenz allen Ernstes vorgeschlagen, Braunschweig für eine überregionale Umweltveranstaltung zu benennen ... wegen des Stadtputztages; denn das sei Umweltschutz schlechthin ...

Wozu gibt es Schutzgebiete, wenn sie durch Ausnahmegenehmigungen außer Kraft gesetzt werden können? Tierarten im Querumer Wald wurden aufgezählt, Landschaft und Pflanzenwelt unter ganz speziellen Schutz gestellt, um sie mit einer selbst erteilten Ausnahmegenehmigung zur Erweiterung der Start- und Landebahn großflächig zu vernichten.

Höchste Zeit für Bürger-Engagement, diesen Leuten die rote Karte zu zeigen

Aufgeschnappt

Manlik (CDU)
„Der bei einer Start-/Landebahnverlängerung betroffene Wald ist eh nur Nutzwald, der alle paar Jahre abgeholzt und wieder aufgeforstet wird.“
Ratssitzung am 10. 12. 2002.

Dr. Udo Kuhlmann, ehem. Erster Stadtrat schätzt die Bürgerinitiativen (Flughafen) als sehr qualifiziert ein. „Um so sorgfältiger müssen wir arbeiten“.
BZ vom 2. 8. 2004

Eine Bevenröder Bürgerin zum Bezirksbürgermeister und Flughafen-Aufsichtsrat

Kliesch (CDU): „Wen vertreten Sie eigentlich noch, Herr Kliesch?“

Aus dem Brief des **Waggumer Bürgers und Piloten Henning Jenzen** an OB Hoffmann vom 21. 4. 2010:

„Braunschweig war vor Ihrer Amtsübernahme eine lebenswerte Stadt und wird es nach Ende Ihrer Amtszeit wieder sein.“

Manlik (CDU)
„Wir sind doch hier nicht in der DDR“ auf die Bitte, Einwohner zu Wort kommen zu lassen. Planungs- und Umweltausschuss am 27. 2. 2008.

Schlagzeilen

Hätten Sie geahnt...

... dass die Stadt mit dem „Schloss-Image“ auf die falsche Karte gesetzt hat, weil den nur gering gestiegenen Einzelhandelsumsätzen eine drastisch erhöhte Verkaufsfläche gegenübersteht, was zu immer neuen Leerständen im Innenstadthandel führt? So sind die Einzelhandelsumsätze um nur ca. 5 Prozent gestiegen bei Zunahme der Flächen um 20%. Nicht nur die Innenstädte intakter Nachbargemeinden wie Wolfenbüttel, auch der bestehende Handel der Braunschweiger Innenstadt außerhalb des Centers wurde durch die Ansiedlung also nachhaltig geschwächt.

...dass die Stadt ca. 3 Mio. € bei sog. Zinstauschgeschäften (Zinswetten) verloren hat? Im Bericht der Nds. Kommunalprüfungsanstalt vom 13. 8. 2008 ist zu lesen: „Durch den Einsatz eines Zinstauschgeschäftes entstanden der Stadt Braunschweig im Zeitraum 2000–2005 Zahlungsverpflichtungen in Höhe von insgesamt 3,22 Mio. Euro“.

...dass Braunschweig und Griechenland sich ähnlicher Finanzmodelle zum Verstecken ihrer Schulden bedienen? - in beiden Fällen wurden Kredite aufgenommen, die als solche nicht offiziell als Schulden in den Haushalten ausgewiesen wurden; - in beiden Fällen wurden zukünftige Einnahmen der nächsten 30 Jahre an die Kreditbeschaffer abgetreten - in Braunschweig hieß das forfaitiert; Griechenland hat die zukünftigen Einnahmen aus Flughafenengebühren und Glücksspieleinnahmen an die Finanzbeschaffer abgetreten, Braunschweig tat dies mit den Abwassergebühren.

... dass das Vermögen der Stiftung Braunschweiger Kulturbesitz in kürzester Zeit vernichtet wird, indem die Stiftungswälder weiträumig abgeholzt und Geldvermögen für Regionsgutachten zweckentfremdet wurde? (siehe dazu auch auf S. 2 „Braunschw. Mitgiftjäger“)

BZ – Auflage im Sturzflug!

Hatte die BZ im Jahr 2000 noch eine Auflage von 195 000 (Quelle: Focus), waren es laut Wikipedia 2009 nur noch 134 000 Exemplare. Das entspricht einem Rückgang um 32%. Nun haben viele regionale Tageszeitungen Auflage verloren, allerdings im Durchschnitt nur knapp 12% von 2000 bis 2009. (Quelle: BDZV, Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger) Gibt es einen Zusammenhang von Glaubwürdigkeit und Auflagenentwicklung bei der BZ?

Geldschwemme

Einstiger Stadtwerke-Betrieb im Höhenflug.

Mit freudiger Erwartung blickt Braunschweigs Oberbürgermeister Hoffmann als Aufsichtsratsvorsitzender von bs-energy in das Jahr 2010.

Der einstige kommunale Stadtwerke-Betrieb erwartet einen kräftigen Gewinnsprung um satte 28 %. Verdiente der Energie- und Abwasser-Betrieb im Jahre 2009 noch rd. 69 Mio. €, so sollen es im Jahr 2010 fast 93 Mio. € werden.

Dreiviertel davon geht – übrigens körperschaftssteuerfrei – an Veolia, Einviertel erhält jeweils die Stadt.

Mit kommunalen Einrichtungen der Daseinsvorsorge lassen sich immer noch die besten Gewinne machen.

So erläuterte der Ex-Chef von Veolia

Deutschland, Lehmann-Grube, noch vor zweieinhalb Jahren gegenüber der Leipziger Volkszeitung sein Erfolgsmodell mit bs-energy, dass gerade die 25%ige Partnerschaft mit der Stadt den Erfolg garantiere.

Und dieses Modell funktioniert so: Aufsichtsratschef ist Oberbürgermeister Hoffmann, weitere Aufsichtsratsmitglieder sind SPD Ratsfrau Kükelhan und CDU Fraktionschef Sehr, SPD-Ex-Fraktionsvorsitzender Winter wurde zum Chef der bs-energy-Netz GmbH gemacht.

Solch kommunale Einbettung ebnet risikolose Geschäftsfelder: So kassiert die Abwasser-Sparte für jeden neuinvestierten Euro einen sogenannten „Regiekostenaufschlag“ in Höhe von 15,85%; allein das neue Abwasser-



pumpwerk am Inselwall trug so zusätzlich mit 1 Mio. € Aufschlag zur Geldschwemme bei bs-energy/Veolia bei. Für das im Bau befindliche zusätzliche Kraftwerk an der Uferstraße sollen Fördermittel in zweistelliger Millionenhöhe aus Bundesmitteln

fließen. Nicht freuen dürfen sich die Braunschweiger Gebührenzahler und Energiekunden.

So sollen die Abwassergebühren auch ab 1. 1. 2010 wieder ansteigen, für Schmutzwasser um 3,6%, für Niederschlagswasser um 4,5%.

weiter von Seite 1 **Zinstrickser und Gaukler ...**

Oberbürgermeister jetzt bei der Beraterfirma KPMG ein Gutachten über die Vorteile der Privatisierung der BVAG bestellt. In diesem „Gutachten“ gibt es viele unseriöse Annahmen. So wird behauptet, dass durch 5% Zinserlös auf den Kaufpreis von 450 Mio. € langfristig der städtische Haushalt mit jährlich 23 Mio. € entlastet würde. Auf diese Behauptung gründet Oberbürgermeister Hoffmann seine Presseerklärung über den Vorteil der Privatisierung für die Stadt. Richtig ist, dass Veolia für Dreiviertel der BVAG 450 Mio. € an die Stadt gezahlt hat. Falsch ist, dass die Stadt dafür langfristig 5% Zinseinnahmen erzielen kann. Die Gutachter untersuchen in ihrer Studie den Zeitraum von 2003 bis 2014. In diesen elf Jahren kann nur durch die Annahme des überhöhten Zinses für das Modell der Privatisierung ein „Vorteil“ in Höhe von 253 Mio. € (11 x 23 Mio. €) für den städtischen Haushalt „errechnet“ werden.

Die Stadtverwaltung kalkuliert mit anderen Zinseinnahmen.

Die Stadtverwaltung selbst kalkuliert allerdings im eigenen Wirtschaftsplan 2010 mit viel niedrigeren und realistischen Zinssätzen für städtische Gelder: „Der Anlagezins liegt im Planjahr 2010 bei 1,0 % und in den Folgejahren bei 1,5 %.“ (Stadt Braunschweig Beteiligungs GmbH Wirtschaftsplan 2010). Warum rechnet KPMG mit viel höheren Zinsen als die Stadtverwaltung? Weil nur so die Privatisierung vorteilhaft dargestellt werden kann. Setzt man die Zinsannahmen der Stadtverwaltung in die KPMG-Rechnung ein, zeigt sich ein Verlust von über 100 Millionen € für Braunschweig. Für dieses KPMG-Gutachten hat die Stadt übrigens 20.000 € bezahlt! **Weitere grobe Täuschungen im KPMG Gutachten sind auf der Homepage der BIBS dokumentiert (www.bibs-fraktion.de „Kommunal ist besser als Privat“)**

Fachbereich Finanzen 12. März 2010

... sei nur beispielhaft darauf verwiesen, dass die Betrachtung eines Realzinses auf einen Kaufpreis, der einen hohen strategischen Aufschlag beinhaltet, völlig unsinnig ist.

Dr. Niehoff

(... aus einem Schreiben der Stadt BS, FB Finanzen)

Der Chef der BZ-Lokalredaktion R. H. Meyer ist informiert und berichtet nicht!

Zu obigem Vorgang hatte die Bürgerinitiative für den Erhalt öffentlichen Eigentums eine Pressemappe erstellt mit Originaldokumenten der Stadtverwaltung über die von der Stadt verwandten Zinssätze im städtischen Wirtschaftsplan.

Der Widerspruch zu den in der Presseerklärung des Oberbürgermeisters zu Grunde gelegten Zinssätzen ist offensichtlich. Kommentar von Chefredakteur Meyer: „Wenn das so wäre, wäre das ja ein Skandal...“ Herr Meyer wurde zum Presse-

gespräch persönlich eingeladen, er kam nicht. Die Pressemappe wurde der BZ übersandt und der Erhalt wurde vom Chefredakteur bestätigt. Auf Nachfrage, wann denn die BZ die Öffentlichkeit informieren würde, kam nur die ausweichende Antwort, vielleicht wenn die Stadtverwaltung mal Zeit für eine Antwort fände ... Inzwischen sind mehrere Wochen vergangen, und der Chefredakteur hat immer noch keine Energie für eigene Recherche und Berichterstattung gefunden.

Braunschweiger Größenwahn

Braunschweiger Projekte in Schiefelage



„Jury macht Braunschweig zur Modellstadt für Deutschland“, titelte kürzlich der Chefredakteur R.H. Meyer im Lokalblatt BZ nach der Bewilligung von 500 000 Euro aus einem Programm des Bundes für Städtebau. Braunschweig soll Maßstab sein, nicht etwa für Städte gleicher Größe, nicht für Deutschland – nein, für die Apologeten von Großprojekten; einigen ihnen geneigten Lokalreportern dient politisches Handeln in Braunschweig sogar als Norm im europäischen Maßstab.

Die Verlautbarungen, Presseerklärungen und Lobhudeleien über Großprojekte in unserer Stadt sind derart aufdringlich, übertrieben und selbstgefällig, dass man sich als Braunschweiger nur noch schämen kann. Dies umso mehr, weil alle Großprojekte geplagt sind wie Seifenblasen und Braunschweig von vielen als Musterbeispiel für gescheiterte Großprojekte wahrgenommen wird. Im Internet können die Übertreibungen aus Presseerklärungen des Oberbürgermeisters und der Braunschweiger Zeitung zu den Größenwahnprojekten Braunschweiger Politik der vergangenen Jahre nachgelesen werden. Einige Beispiele dafür sind: **Das Millennium** – inzwischen bekannt als die größte Sondermüllkippe mitten in einer deutschen Großstadt. Dazu ermittelt jetzt die Staatsanwaltschaft wegen Umweltschuld. Der Müllberg wurde als **Amphitheater** und **Jahrtausendbauwerk** dargestellt, als ein **Veranstaltungsort, der das kulturelle Leben der**

Stadt bereichern wird und die Bewerbung Braunschweigs als Kulturhauptstadt unterstreicht. Der **Neubau eines Fußballstadions** für eine drittklassige Fußballmannschaft: Das Projekt ist inzwischen sang und klanglos in der Versenkung verschwunden, weil offensichtlich nicht finanzierbar und überdimensioniert. Der **Neubau eines „5 Sterne plus“ Hotels** im Bürgerpark: Kein Investor hielt solch eine Investition in einer Stadt wie Braunschweig für angemessen. Trotzdem wurde der Bürgerpark durch den Abriss des FBZ verwüstet. Mindestens 800 000 Euro muss die Stadt für den Abriss bezahlen. Der **Abriss des Rathausgebäudes** aus den 70er Jahren, weil dieses angeblich nicht sanierungswürdig sei: Der Bürgermeister träumte von einem freien Blick auf sein Kaufschloss. Das Projekt ist ebenfalls gescheitert. Das **Schloss-Kaufhaus**: Ein angeblich *eins zu eins wieder aufgebautes Residenz-Schloss*, bei dem Besucher aber nur drei Schlossfassaden finden, dahinter ein Kaufhaus mit Filialen bundesweiter Einkaufsketten - für die überregionale Zeitungen ein **Prunk- und Protzbau, wie er peinlicher nicht sein kann** und ein lächerliches Symbol des Feudalismus. Darauf steht nicht nur eine **Quadrige** – sondern nach städtischer Verlautbarung **Europas größte Quadrige**. Das **Spaßbad** – trotz der 30 000 Protestunterschriften gegen die Schließung von vier Stadtteilbädern begann die Stadt mit dem Bau. Inzwischen ist die Baustelle aus Geldmangel stillge-

legt. Wieder hat sich die Verwaltung verkalkuliert, ein weiteres Großprojekt droht an den Kosten zu scheitern. Die **Korvette Braunschweig** – ein modernes Kriegsschiff gibt es nirgendwo in Europa. Inzwischen ist es wegen ausgefallener Steuerung auf Grund gelaufen und stark beschädigt. Für schlichte Geister unter den Ratsmitgliedern war es wiederholt ein beliebtes Ausflugsziel wegen Freibier und belegten Brötchen... Das **„Festjahr“ für einen Otto von Braunschweig**. 2 Mio. Euro wurden für eine Vermarktung eines bedeutungslosen, feudalen Kaisers ausgegeben, während vor Ort die Schulen verfallen. Der **Ausbau eines Provinzflughafens** – ähnlich wie schon für das Schlosskaufhaus und ein Luxushotel wurden in aller Eile Bäume gefällt und Natur schonungslos zerstört. Jetzt stellt sich heraus, dass die Finanzierung wackelt. Entgegen früherer Behauptungen der Stadt wird die EU keine 11 Mio. Euro Fördermittel zahlen. Außerdem fehlt eine Planung für die Verkehrsanbindung der nördlichen Stadtteile. Ein **„schuldenfreier“ Haushalt** – tatsächlich kein Wunder von Braunschweig, sondern eine Täuschung der Öffentlichkeit. Es werden über 300 Mio. Euro Schulden durch an Banken verpfändete Gebühren finanziert und nirgends im Haushalt ausgewiesen.

Für Braunschweiger Politiker scheint immer mehr zu gelten: Je vollmundiger die Ankündigungen, um so blamabler das Scheitern!

Gedenkstättenkonzept doch nicht beerdigt?

„Seit Mitte der 90er Jahre hat in Braunschweig die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Phase der Vergangenheit einen festen Stellenwert im historischen Selbstverständnis der Stadt.

Dieser Bereich städtischer Kulturarbeit ist mit 'Gedenkkultur/Erinnerungskultur' überschrieben“, schrieb die Leiterin des Kulturamts 2003 im Vorwort zum Vernetzten Gedächtnis, dem Textband, in dem die Topografie nationalsozialistischer Herrschaft in Braunschweig verzeichnet ist. Selbstbewusst wird auf die Einzigartigkeit dieser Erinnerungskultur verwiesen. Seither ist viel Wasser die Oker hinuntergeflossen.

Was ist heute noch übrig geblieben von dem ambitionierten Konzept? Braunschweig hat lange gebraucht und es hat öffentlicher Auseinandersetzungen bedurft, bevor die Stadt bereit war, die aktive Auseinandersetzung mit ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit zu suchen.

Ende der neunziger Jahre entschloss sie sich, auch unter dem Druck einer aufgeklärten Zivilgesellschaft, verschiedene Gedenkstätten zu schaffen und „authentische“ Orte nationalsozialistischen Unrechts durch Gedenkplattent öffentlich hervorzuheben. Das Kulturamt rief einen „Gedenkstättenausschuss“ zusammen, in dem neben



Am 12. April 2010 wurde die Gedenktafel am einstigen „Judenhaus“ Ferdinandstr. 9, angebracht. Sie gibt ihm seine geschichtliche Bedeutung zurück. Die Tafel wurde nicht von der Stadt, sondern vom Friedenszentrum e.V. Braunschweig angebracht – mit freundlicher Unterstützung der Firma KEW Guss GmbH Braunschweig, welche diese Tafel, die für das Friedenszentrum unerschwinglich gewesen wäre, gespendet hatte.

Experten und Verwaltungsleuten auch die Vertreter verschiedener Geschichtsinitiativen vertreten waren. Im Februar 2001 wurde das Gedenkstättenkonzept vom Rat der Stadt verabschiedet, das die Erinnerung an NS-Untaten oder NS-Opfer dokumentieren soll.

Neben der bereits im Jahre 2000 erfolgten Errichtung der Zentralen Gedenkstätte Schillstraße war die künst-

lerische Gestaltung von Erinnerungshinweisen im Stadtgebiet vorgesehen, durch die das NS-Regime in seinem Zusammenhang erfahrbar gemacht werden sollte. Damit wäre dem Begriff „Vernetztes Gedächtnis“, der ins Spiel gebracht wurde, auch sinnlich-konkret Rechnung getragen worden. Doch mit der Umsetzung ließ sich die Stadt Zeit. Sie vollendete zwar die geplanten Projekte Friedhof Hochstraße

und Sinti-Gedenkplatte im Rathaus, verlegte sich dann aber im Jahre 2003 mit Hilfe der HBK auf die Erstellung eines elektronischen Konzept der Vernetzung, nämlich eines virtuellen „Stadtführers“: Vernetztes Gedächtnis, Topografie der nationalsozialistischen Herrschaft in Braunschweig (zu dem mit Hilfe des Historischen Seminars der TU der eben genannte Textband zusammengestellt wurde). Denkbar gewesen wäre für die folgenden Jahre ein Konzept, das feste jährliche Beiträge zur Vervollständigung des Konzepts ausgewiesen hätte. Dadurch wäre mehr Transparenz hergestellt worden.

Aber in ihren 2003 erlassenen neuen Förderrichtlinien der Stadt Braunschweig für den Fachbereich Kultur vollzog die Verwaltung eine Abkehr weg von der langfristigen Förderung hin zur Projektförderung, die seither dem Eventcharakter der offiziellen Braunschweiger Kultur Rechnung trägt. Kein Geld ging mehr an die Geschichtsinitiativen, die Vorschläge einreichen, welche dann regelmäßig finanziell ausgebremst wurden.

Der Gedenkstättenausschuss war nach 2001 nicht wieder einberufen worden. Dass seit Jahren (mit Ausnahme einer Tafel am Dom für die Bombenopfer) keine einzige Tafel mehr angebracht wurde, wird gleichfalls dem Geldman-

gel zugeschrieben. Dabei erwies das Beispiel einer am 12. April 2010 angebrachten Gedenktafel am einstigen „Judenhaus“ Ferdinandstr. 9, wie wichtig die unmittelbare Präsenz einer solchen Gedenktafel am authentischen Ort ist: Sie gibt ihm seine geschichtliche Bedeutung zurück.

Die Tafel wurde nicht von der Stadt sondern vom Friedenszentrum e.V. Braunschweig angebracht – mit freundlicher Unterstützung der Firma KEW Guss GmbH Braunschweig, welche diese Tafel, die für das Friedenszentrum unerschwinglich gewesen wäre, gespendet hatte.

Letzte Meldung: Offenbar wird man sich bei der Stadt eines drohenden Ge- sichtsverlusts bewusst, der mit dem Verzicht auf das ursprüngliche Konzept verbunden wäre. Der Kulturausschuss soll sich Ende April mit dem Thema befassen, Muster für Gedenktafeln werden vorgelegt, und für einige Gedenkorte wird deren Anbringung geplant. – Das Friedenszentrum begrüßt diesen Sinneswandel ausdrücklich und hofft, dass alle Pläne auch in die Realität umgesetzt werden.

Darüber hinaus existiert aber noch eine Vielzahl von Orten (man denke z. B. an die ehemalige Gestapo-Zentrale), die noch dringend der Kennzeichnung bedürfen.

Inge Gerlach

Volksbegehren

Volksbegehren für gute Schulen in Niedersachsen.

Gymnasiasten und Gesamtschüler klagen über Stress und Zeitmangel – ihnen wurde ein wichtiges Jahr in der Mittelstufe gestrichen. Für Privatleben und Hobbys, in der Pubertät besonders wichtig, fehlt ihnen bei einer 34-Schulstunden-Woche die notwendige Freizeit. Und die Durchlässigkeit von der Realschule zum Gymnasium ist sehr stark eingeschränkt. Da aber von der schwarz-gelben Landesregierung keine Besserungen zu erwarten sind, haben im letzten Herbst engagierte Bürger ein Volksbegehren in die Wege geleitet, mit dem wenigstens drei Wunschziele umgesetzt werden sollen:

- 1) Rückkehr zur Regelschulzeit von 13 Jahren für Gymnasien und Gesamtschulen;
- 2) Erleichterte Gründung von Gesamtschulen;
- 3) Fortbestand der Vollen Halbtagschulen.

Die Neugründung von Gesamtschulen (wie der IGS) soll schon mit vier Parallelklassen möglich sein. Die jetzt geltende Bedingung der Fünfzügigkeit erschwert die Neugründung vor allem in ländlichen Gebieten. An der Vollen Halbtagschule unterrichten mehr Lehrer als an den vom Land bevorzug-

ten Verlässlichen Halbtagschulen. Dieser Standard soll als Vorbild für alle Grundschulen erhalten bleiben. Die Initiative für das Volksbegehren hat längst die erste Hürde (25 000 Stimmen für die Zulassung) übersprungen; aber bis zu den erforderlichen 608 731 Stimmen – einem Zehntel aller niedersächsischen Wahlberechtigten – die bis November gesammelt sein müssen, ist es noch ein weiter Weg. Denn zur Zeit liegen gerade einmal 49 000 Unterschriften vor. Kommen genug Stimmen zusammen, muss der Landtag den Antrag der Initiative als Gesetz annehmen oder einen Volksentscheid zulassen. Dieser erfordert dann die Mehrheit der niedersächsischen Wähler. Man sieht, die Hürden für eine Gesetzesänderung sind hier sehr hoch gelegt. Um so mehr kommt es auf jede Stimme der wahlberechtigten Bürger an. An den Ständen der Initiative sind vor allem Schüler/Innen aktiv, die für ihre Interessen kämpfen. Jeder wahlberechtigte Bürger kann dort oder am wöchentlichen Stand der BIBS unterschreiben oder er kann sich Unterschriftenlisten beschaffen über www.volksbegehrenschulen.de Als Braunschweiger Ansprechpartner steht zur Verfügung: nschroeder@gmx.de

25 Jahre Arbeitskreis Andere Geschichte

Am 8. Mai feiert der Arbeitskreis Andere Geschichte sein 25jähriges Jubiläum (um 20 Uhr in der Brunsviga). Anders als die an höfischem Glanz orientierte offizielle Otto-Kultur der Stadt rückt er das Leben der Vergessenen

und Verfolgten, der kleinen Leute, der Nazi-Täter und der Zwangsarbeiter in den Mittelpunkt seiner Veranstaltungen.

Termin

Demonstration am 8. Mai Das Braunschweiger Bündnis gegen rechts veranstaltet am 8. Mai eine Demonstration anlässlich des 65. Jahrestages der

Befreiung vom Faschismus. Sie beginnt um 11.30 Uhr vor der Schlossattrappe und führt zur KZ-Gedenkstätte in der Schillstraße, wo um 13.30 Uhr Dr. Helmut Kramer, ehemaliger Richter am OLG Braunschweig, über die Rolle der Täter im NS-Staat sprechen wird.



PPP und Schulen

Der OB stellt der Neuen Oberschule ein Ultimatum: „Entweder PPP-Projekt oder das Gymnasium wird nicht saniert.“

„Wir wollen unseren Hausmeister behalten!“ Eine Befragung der Schülerschaft hierzu am Gymnasium Raabe-schule („PPP-Schule“) ergab Ende 2009 98% Zustimmung. Bereits am 22.09.2009 demonstrierten mehrere hundert Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Neue Oberschule vor und in der Ratssitzung für „ihren“ Hausmeister.

In dieser Sitzung wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD beschlossen, ein Verfahren „zur Vergabe eines Auftrages zur Umsetzung eines PPP-Projektes für Schulen und Kindertagesstätten“ einzuleiten. Vor diesem Beschluss erfolgte eine „unglaubliche Erpressung“ des Gymnasiums durch den Oberbürgermeister: Er drohte damit, die NO aus dem Förderprogramm zu werfen, wenn sie mit den Bedingungen nicht einverstanden sei.

Das Konzept PPP (Public Private Partnership) bedeutet: Öffentliche Hand und private Unternehmen sollen als gleichberechtigte Partner wirken. Die öffentliche Hand brauche wegen ihrer Überschuldung keinen Kredit aufzunehmen, um Schulen, Rathäuser, Krankenhäuser, Gefängnisse, Straßen, Straßenbeleuchtung usw. zu sanieren oder neu zu bauen. Sie schließe stattdessen mit einem privaten Investor einen Dienstleistungsvertrag ab, der in der Regel zwischen 20 und 30 Jahren laufe. Der Investor kümmere sich dann um Planung, Bau, Sanierung, Betrieb und vor allem Finanzierung, die öffentliche

Hand zahle lediglich eine Miete. Erhebungen britischer Gewerkschaften bei über 100 Schulprojekten offenbarten jedoch, dass die Privaten satte Gewinne erwirtschaften: Billigbau, Billiglöhne bei Subunternehmen, Austausch der Beschäftigten durch Billigkräfte sofort nach Auslaufen des Bestandsschutzes, Fast Food Caterer statt hochwertigem Schulessen. Was vertraglich nicht eindeutig festgeschrieben ist, wird als Kosten dem Schulträger auferlegt.

Eine Folge des Braunschweiger PPP-Projektes wäre die Kürzung der Präsenzzeit der Hausmeister auf zwei Stunden pro Tag pro Schule und die Auflösung des Prinzips „Ein Hausmeister für eine Schule“. Hiervon betroffen sind 13 städtische Hausmeister und 30 städtische Reinigungskräfte, für die noch der Tarifvertrag gilt. Da bisher alle Betroffenen erklärt haben, dass sie nicht zum Privaten wechseln werden, werden diese Stellen vom Privaten neu besetzt.

PPP angeblich alternativlos

Trotzdem wird das PPP-Konzept weiter als angeblich alternativlose Finanzierungsmöglichkeit zur Überwindung der offenen Schere zwischen sinkenden staatlichen Einnahmen und steigenden öffentlichen Ausgaben propagiert. Dabei gibt es über 20 andere kommunalrechtlich mögliche Finanzierungsarten.

PPP ein Konzept zur Realisierung von Gewinnen für Private. Der PPP-Markt ist in der Bundesrepublik in der Hand von nur sechs großen Infrastrukturanbietern, so genannten Investoren: Hochtief, Bilfinger Berger, Serco (England), SKE (deutscher Ableger von Vinci), Goldbeck und

Royal BAM Group (Niederlande). Alle Aufgaben in der Hand eines solchen global players führen dazu, dass die Entscheidungen und Vorteile sich bei ihm konzentrieren. Der Geldregen des PPP-Projekts geht größtenteils an den lokalen Betrieben vorbei. Sie können nur als Subunternehmen agieren. Die langfristigen PPP-Verträge legen den kommunalpolitischen Finanzersatz für Schulsanierungen in Braunschweig fest. Die Zahlungen der „Mieten“ an die Bank – nicht an den Investor – sind vertraglich über 25 Jahre festgelegt. Die Stadt ist verpflichtet zu zahlen, selbst wenn der Investor schlechte oder keine Leistungen mehr erbringt (Forfaitierung mit Einredeverzicht). Die Kommunalpolitik beraubt sich ihrer Handlungsmöglichkeiten.

Die PPP-Befürworter machen sich zu Lobbyisten von global players. Da PPP ein Konzept zur Realisierung von Gewinnen für Private ist, kann es die Finanzprobleme der Kommune, die wesentlich Einnahmeprobleme sind, nicht lösen. Außerdem zerstören PPP-Projekte die demokratische Verfasstheit unserer Kommune. Denn die zu schließenden Verträge unterliegen der Geheimhaltung. Der DGB fordert: Alle 80, nicht nur 14 Schulliegenschaften in Braunschweig müssen saniert und weiter öffentlich betrieben werden. Hierfür brauchen wir ein Schulsanierungskonzept. Zu dessen Umsetzung muss die anhaltende Finanzkrise der Kommune durch höhere Besteuerung der Vermögensmillionäre und großen Unternehmen bekämpft werden.

Jürgen Reuter, Stellvertr. Kreisvorsitzender DGB Braunschweig

Hätten sie gewusst...

... dass wesentlicher Grund für Geheimnismästerei rund um den Flughafen ausbau militärische Forschungsprojekte z. B. für das neue Transportflugzeug A400-M sind?

... dass bereits seit 2002 konkrete Planungen für ein Tag-/Nacht-Cargo Flug-Drehkreuz zugunsten von VW und ein Wolfsbürger Speditions- bzw. Logistikunternehmen in der Schublade sind?

... dass ein Gutachten der Beraterfirma KPMG belegt: die Stadtwerke-Privatisierung war unvorteilhaft für die Stadt?

... dass gegen die Abwasser-Privatisierung immer noch 80 Bürger klagten, weil sie die teure Privatisierungs-Zeche nicht bezahlen wollen?

... dass das Vermögen der Stiftung Braunschweigerischer Kulturbesitz in kürzester Zeit vernichtet wird, indem die Stiftungswälder weitläufig abgeholzt und Geldvermögen für Regionsgutachten zweckentfremdet wurden?

... dass hochgeschützte Kulturdenkmäler „Wölb-Äcker“ auf Stiftungsboden der Vernichtung preisgegeben wurden und für immer beseitigt werden sollen?

... dass die Stadt kein Geld fürs Lessing-gymnasium übrig hat, aber zig Millionen für überbeuerte Privatfinanzierungen, sog. PPP-Projekte verschleudert?

... dass die Stadt über 80% Vermögensverlust in 6 Jahren infolge Privatisierung erlitten hat?

Asse: Braunschweig im Zentrum radioaktiver Belastungen



Nur 20 km von Braunschweig entfernt liegt das ehemalige Salzbergwerk Asse, marodes Atommülllager mit Wassereinbrüchen und möglicherweise Kontakt zum Grundwasser.

40 km entfernt von Braunschweig liegt das ehemalige Salzbergwerk Morsleben, Atommülllager, stark einsturzgefährdet und feucht. Es gibt in unserer Region einige Stellen, an denen salzhaltiges Grundwasser an der Oberfläche austritt. Kann man ausschließen, dass dieses aufsteigende, salzhaltige Grundwasser durch ausgetretene radioaktive Abfälle belastet ist?

Südlich des Elms in Jerxheim findet man die Salzwiese Seckertrift. Hier steigen salzhaltige Grundwässer auf und bilden offene Lachen. Nicht weit davon entfernt, in Barnsdorf, findet man die Salzwiese Barnsdorf. Auch dort steigt salzhaltiges Grundwasser an die Oberfläche und bildet zeitweise offene Lachen.

In einer Bürgeranfrage wurde bei der

Stadt nachgefragt, welche Kenntnisse die Stadt über die Fließrichtung der Grundwasserströme besitzt. Die Antwort war, dass der Verwaltung nicht bekannt sei, ob und in wie weit eine Verbindung der oberflächennahen



Naturdenkmal Salzgraben in Salzdhalm und Queller mit typischer Meeresvegetation.

veränderten Pflanzen werden auch andere Pflanzen kontaminiert und gehören damit den Großfirmen, die das Patent besitzen und hohe Strafen für den Anbau verlangen. **Durch den starken Einsatz von Pestiziden bei gentechnisch veränderten Pflanzen werden Böden, Menschen, Tiere und Wasser vergiftet.** Einige Felder dieser gentechnisch veränderten Pflanzen gibt es auch in Deutschland.

In Üplingen bei Magdeburg hat die Stiftung SBK ihr mittelalterliches Stiftungsgut und die Ackerflächen im Umland an Gentechnikfirmen verpachtet: Schaugarten Üplingen

BI Baumschutz: Eine neue Unterschriftensammlung für Baum- und Klimaschutz in der Stadt BS ist angelaufen. Im November 2009 hatte das Ratsgremium mit dem vielsagenden Namen „Umweltausschuss“ die Forderungen Tausender BraunschweigerInnen nach einer neuen Baumschutzsatzung abgelehnt. CDU und SPD VertreterInnen (darunter auch die umweltpolitische Sprecherin Nicole Palm) mochten da nicht mal die Unterschriften entgegennehmen. Dieser Umwelt-Ignoranz beim zuständige Ausschuss brachte ihm nun die treffende Bezeichnung „Umweltvernichtungsausschuss“ ein. Unterzeichnen: www.bs-naturschutz.de

Immer mehr Waldflächen? Wie passt das zusammen? Angeblich nehmen die Wälder in Mitteleuropa zu, obwohl doch die Bundeskanzlerin auf dem Klimakopenhagen-Gipfel im Nov. 2009 eine ernüchternde Bilanz vorlegen mußte: demnach sank die CO₂-Kapazität der deutschen Wälder in den letzten 20 Jahren vom rd. 17 Mio. Tonnen CO₂ auf gerade noch 4,7 Mio. Tonnen CO₂. Lösung des Rätsels: Immer mehr Flächen werden zum Zwecke des Erntens von Holz mit Bäumen bepflanzt (zwecks Herstellung von Bio-Treibstoffen und Holz-Pellets). Diese Art „Aufforstungen“ haben mit Natur und Wald nichts mehr zu tun.

Grundwasserströme mit tieferen Grundwasserleitern besteht.

Erkenntnisse über Grundwasserströme in den Tiefenlagen, in denen auch radioaktive Stoffe gelagert werden, liegen der Verwaltung nicht vor.

Massentierhaltung in unserer Region

Mehrere hundert Hähnchenmastanlagen mit bis zu jeweils 40.000 Tieren sollen in unserer Region entstehen.

Die Hähnchen werden nach 35 bis 45 Tagen geschlachtet. Ein Hähnchen bringt 7 Cent Gewinn. Jedesmal geht es um ‚Massentierhaltung‘.

Sei es, dass ein Landwirt in eigener Regie oder im Rahmen einer ‚geschlossenen Integrationskette‘ für die Firma Wesjohann (Marke ‚Wiesenhof‘) oder Rothkötter (Marke ‚Emsland Frischgeflügel‘) oder das Unternehmen Stolle etwas tut oder beabsichtigt, bei dem alle ethischen Bedenken und jeglicher menschlicher Anstand und jegliches Wissen um die Ähnlichkeit aller Wirbeltiere über Bord zu werfen sind: Nämlich das Betreiben einer Massentierhaltung. Die Auswahl ist groß. Man kann eine Elterntierfarm für Hühner, Puten, Enten betreiben, eine Brüterei für den Nachwuchs, am einfachsten aber ist es, gleich mit Produktion vom Fleisch für Menschen zu beginnen. Das geht auch mit Rindern oder Schweinen im großen Stil.

Was ist eigentlich schlecht daran? Darüber darf nicht nachdenken, wer Massentierhaltung betreibt.

Der anfallende Kot verreckt unseren Lebensraum, der Einsatz von Antibiotika fördert die Resistenz von Krankheitserregern, so dass Menschen umkommen – etc. Natürlich gibt es nur einen Absatz von Tierfleisch, wenn es von Menschen nachgefragt wird. Wer Glück hat, kann dran verdienen. Kein

Glück aber haben die Tiere, die zusammengepfercht leben müssen, bis sie in einer oft grausamen Art und Weise umgebracht werden. Trotz aller neuen EU-Richtlinien.

Dabei ist nicht nur die Rede vom religiös bedingten Schächten (Durchschneiden der Halsschlagader ohne Betäubung) aus religiösen Gründen, sondern vom alltäglichen Massen-Mord an unseren uns oft sehr ähnlichen (Nervenapparat, Empfindungen etc.) Mitgeschöpfen, die oft nicht oder nur schlecht betäubt in die Maschinerie der Schlachthäuser geraten (s. den Artikel ‚Tierschutz‘ in Hoffers Weblog), von der Massentötung nach beschissenem Leben (sprich ‚wenig artgerechtem‘, wenn in gediegener Gesellschaft darüber geplaudert wird) des Geflügels ganz zu schweigen.

Und weil der Mensch das übleste Raubtier ist, wird das so weitergehen. Es ist kein Zufall, dass unsere Region, mit Unterstützung der Landesregierung, jetzt verstärkt mit Massentierhaltungsbetrieben überzogen werden soll, weil das Weser-Emsgebiet, die Heimat der Wesjohanns und Rothkötters, für irgendwelche weitere Massentierhaltungsbetriebe keinen Raum mehr bietet. Gibt es Hoffnung? Man kann sich den Protesten gegen Neuansiedlungen anschließen (übrigens werden viele ihre Eigentümer in den wirtschaftlichen Ruin treiben). Man kann Veganer werden oder erst mal bei www.peta.de nachgucken und dann Veganer werden.

Baumkataster

Bis zum Jahr 2000 hatte Braunschweig noch ein Baumkataster. Mit einem Baumkataster werden alle Bäume nach lagegenauem Standort, Gattung, Höhe, Alter, Vitalität, Kronenumfang, Zustand, Holzwert, Schädlingsanfälligkeit, Status (z. B. Naturdenkmal), Pflegemaßnahmen/Kosten, Risikoeinschätzung, Eigentü-

mer/Zuständigkeit, Sturmnachkontrolle registriert, fotografiert und erhalten eine Nummer.

Mit einem Baumkataster kann man der Verkehrssicherheit besser nachkommen.

Braunschweig braucht ein Baumkataster und eine Baumschutzsatzung. www.bs-naturschutz.de

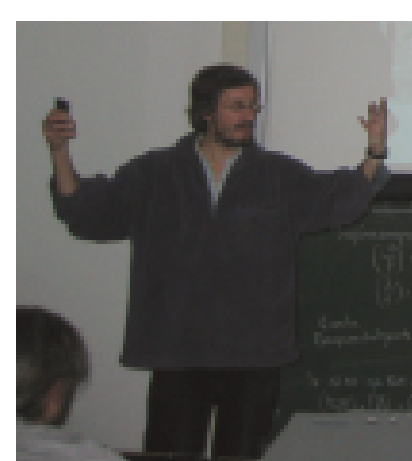
Gentechnik: Großkonzerne teilen sich die Patente

Den Agrarmarkt bestimmen eine Handvoll Großkonzerne.

Sie entwickeln neues Saatgut, das für einige Jahre resistent ist gegen verschiedene Schädlinge und produzieren auch den dafür geeigneten Dünger und die Pestizide, weil diese Pflanzen ohne starke Düngung nicht wachsen. Auf das Saatgut besitzen sie Patente. Es ist verboten, Saatgut dieser Konzerne selbst zu vermehren.

Autarke Bauern geraten in die Abhängigkeit von Großkonzernen, weil sie jedes Jahr neues Saatgut kaufen müssen. Bäuerliche Tätigkeiten wie Vermehrung und Zucht sind verboten. Durch Pollenflug dieser gentechnisch

Seilschaften deutscher Gentechnik



Der Umwelt-Aktivist Jörg Bergstedt über den Filz in der Gentechnik.

Eine Woche nachdem eine finanzmanipulierte Pro-Gentechnik-Veranstaltung in der Uni stattgefunden hatte, setzten BIBS und Friedenszentrum einen Kontrapunkt mit dem Vortrag des „Feldbesetzers“ Jörg Bergstedt, der erstaunliche Einblicke in eine verfilzte Polit-Landschaft eröffnete. Nur sechs Prozent der Deutschen befürworten die Gentechnik, aber diese haben zielstrebig alle Schaltstellen für Geld, Einfluss und Versuchsgenehmigungen besetzt.

Unter dem Deckmantel der Forschung soll der widerstrebenden Bevölkerung (80 Prozent sind dagegen) die Bio-Technik als unentbehrlich für die Welt-ernährung verkauft werden, was keinesfalls den Tatsachen entspricht, denn

alle könnten satt werden, wenn man auf Biosprit verzichtete und die Ressourcen gerecht verteilt wären. Firmen, Forschung, Genehmigungsbehörden und Lobby bilden eine unheilige Allianz; man ebnet sich gegenseitig die Wege.

Kontrolle findet nicht mehr statt, selbst die Verbraucherministerin ist von der Partei wie ihre VorgängerInnen, einerlei, ob sie der roten oder der grünen Partei angehört. Seitenwechsel von der Gen-Industrie in die Genehmigungsbehörden und umgekehrt ist keine Ausnahme. Und diese Industrie ist keine amerikanische, sondern überwiegend die deutsche Chemie-Industrie (BASF und andere).

Der Vormarsch der Gen-Industrie ist politisch gewollt: Geld für Forschungszwecke, wie aus Berlin oder Brüssel, gibt es nur noch für die Gen-Landwirtschaft, die konventionelle Landwirtschaft geht leer aus.

Bergstedt ging auf die sozialen Folgen der Gentechnik ein: Sie macht ihre Nutzer, insbesondere in den Entwicklungsländern, von der Genindustrie abhängig, von der sie Saatgut und Pestizide kaufen müssten, wobei sie Gefahr liefen, dass die Pflanzen unfruchtbar würden.

So vernichteten sie die heimischen Kleinbauern, die durch eine exportabhängige Agro-Industrie ersetzt wür-

den. Entgegen allen Behauptungen gebe es so gut wie keinen Schutz vor gen-verändertem Pollenflug, erklärte Bergstedt. Ungehindert könnten sich die Pflanzen auskreuzen.

Wir lebten nicht auf einer gen-freien Insel, vielmehr sei die irreversible Ausbreitung von Genpflanzen beabsichtigt.

Die Wahrheit ist bekanntlich konkret und hat Name und Adresse. Bergstedt zählte die Gen-Lobbyisten auf und beschrieb ihre vielfältigen Aktivitäten. Er wies auf die Rolle der großen naturwissenschaftlichen Institute rund um Braunschweig hin.

Eine besondere Bedeutung kommt dem Versuchsgut Üplingen in Sachsen-Anhalt zu, das zum Besitz des der Stiftung Braunschweigerischer Kulturbesitz gehört. Dort werden nicht nur neue Versuchssorten (Kartoffeln, Mais und Rüben) gezüchtet, sondern die Vertreter von Pharma- und verwandter Industrie halten dort ihre Treffen ab.

Bergstedt, der sich selbst als „Feldbefreier“ bezeichnet und im vergangenen Frühjahr gegen die Aussaat von gen-manipulierten Mais auf dem Gelände der ehemaligen FAL protestiert hat, kam zu dem Ergebnis, dass Flugblätter in dieser Situation nicht mehr ausreichen und regte fantasievolle subversive Aktivitäten auf den „Versuchs“-Feldern an. *Inge Gerlach*

Zentraler Ordnungsdienst (ZOD) gehorcht dem Rathaus

Am 7. Mai 2008 ist in Braunschweig ein Zentraler Ordnungsdienst (ZOD) eingerichtet worden, gebildet aus dem bisherigen Ermittlungs- und Vollzugsdienst und dem bisherigen Mobilen Umweltdienst.

Am 1. Januar 2009 wurde der Dienst von anfangs 14 auf nunmehr 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgestockt. Bei der Einrichtung des ZOD hatte Erster Stadtrat Carsten Lehmann erklärt, man erwarte durch den ZOD „keine gravierenden zusätzlichen Einnahmen“ aber auch „keine Mehrkosten“, da das ZOD-Personal aus anderen Bereichen der Verwaltung zusammengesetzt werde.

Man rechne mit ca. einer 1/2 Millionen Personal- und Sachkosten per anno. Im Entwurf des Haushaltsplans 2010 finden sich aber auf Seite 369 im Fachbereich 32 unter der Produktnummer 1.12.1221.14 „Zentraler Ordnungsdienst“ nunmehr Aufwendungen

in Höhe von 1.038.568 Euro. Im Ansatz 2009 waren es noch Aufwendungen in Höhe 752.699 Euro gewesen, im Ansatz 2008 unter der gleichen Produktnummer erstmalige Aufwendungen in Höhe von 266.781 Euro. Erklärungsversuch vom Ersten Stadtrat Lehmann in der Ratssitzung vom 8.12.2009: Antwort Erster Stadtrat Carsten Lehmann: „Man kann immer die Frage stellen, ob bestimmte Dinge notwendig sind, wenn man selber persönlich oder als Fraktion das Gefühl hat, diese Dinge brauchen wir nicht. Ich wiederhole nochmal: Die Erfahrung und die Rückmeldung, die wir aus der Bevölkerung bekommen, zeigen ganz deutlich, dass hier ein Bedürfnis da ist, dass hier auch eine Notwendigkeit da ist.“

Denn wenn Sie sich – gerade auch das, was ich in der Anfrage schon insgesamt ausgeführt habe in der Beantwortung – vor Augen halten, dass eben

auch die Polizei aus vielen Bereichen zurückzieht, weil sie vielleicht auch andere Aufgaben deshalb jetzt zur Zeit wahrzunehmen hat, ist es wichtig, dass wir hier auch mit dem ZOD dort einspringen können, das ist zum Beispiel die Begleitung von diversen Veranstaltungen, das sind Kontrollen, die durchgeführt werden, das ist sicherlich auch die Aufrechterhaltung der Ordnung.



Schrift auf dem Ärmel: Stadt Braunschweig Zentraler Ordnungsdienst

Friede als erste Bürgerpflicht?

„Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln. Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes beschränkt werden.“

(Artikel 8,1 und 2 des Grundgesetzes der BRD).

Wer bisher von seinem Recht Gebrauch gemacht hat, weiss, dass es bereits heute viele Einschränkungen gibt. Die Bürgerinitiativen, die z.B. gegen die Startbahnverlängerung in Waggum kämpfen, haben so unsinnige Auflagen wie Megafongebrauch erst ab 20 Teilnehmern kennengelernt und erfahren wie „gefährlich“ Kaputzen und Schals im Winter sein können, weil sie als „Vermummung“ eingestuft werden. Selbst mit der Ablehnung des Versammlungsleiters durch die Braunschweiger Versammlungsbehörde mussten sie sich auseinandersetzen, demnächst also nur noch Versammlungsleiter, die der OB'rigkeit gefallen? TeilnehmerInnen an der letzten Anti-Nazi-Demo in Braunschweig, wurden sogar eingekesselt.

Sie haben dann allerdings mit ihren Klagen und Verweis auf §8 des Grundgesetzes und die Versammlungsfreiheit nachträglich Recht bekommen! Wenn also nun die Partei von Niedersachsen Innenminister und Scharfmacher Schünnemann, die CDU, gemeinsam mit der FDP, (den angeblich Liberalen!) einen Gesetzesentwurf zur Neuregelung des Versammlungsrechts in den Landtag einbringt, ist höchste Wachsamkeit angesagt. Demonstranten erscheinen hier eher als verkappte Gewalttäter, denen man mit schwammigen Auflagen und extensiven Filmaufnahmen die Inanspruchnahme ihrer Rechte austreiben will. Und wer dann immer noch demon-

striert, soll bei geringsten Verstößen durch hohe Bußgelder wirtschaftlich ruiniert oder gar mit Gefängnis bestraft werden! Hier einige Beispiele:

Sie wollen mit einer Freundin Flugblätter für kleinere Gruppengrößen im Kindergarten verteilen.

Vorsicht! „Eine ortsfeste oder sich bewegende Zusammenkunft von mindestens zwei (!) Personen“ ist bereits eine Versammlung und damit anmeldepflichtig (§2).

Sie stellen sich als Ordnerin bei der Schülerdemo zur Verfügung?

Vorsicht! Ihre Daten werden erfasst! (§ 9 und 10).

Sie sind Leiter einer Versammlung?

Vorsicht falls Sie das häufiger tun! Sie müssen damit rechnen, abgelehnt zu werden, wenn sie aus Sicht der Ordnungsbehörden beim letzten Mal nicht konsequent genug Menschen aus der Demo verwiesen, ungenügend mit der Polizei kooperiert haben, oder weil sie sowieso als aufsässig verdächtigt werden. (§ 10,11).

Ihr setzt Euch weiter gegen die Vernichtung von Wald ein und tragt Eure Jacken „Baumfäller=Klimakiller“? Vorsicht! (§6) verbietet eine Teilnahme in Uniformteilen oder ähnlichen Kleidungsstücken. Auch wenn mit dem Aussehen eine einschüchternde Wirkung verbunden sein könnte, wird eingegriffen!

Ihr setzt Euch mit Überziehern Eurer Gewerkschaft weiter gegen die Rente mit 67 ein oder steht Streikposten vor dem Betrieb?

Vorsicht! Uniformverbot! (§ 6). **Ihr wollt mit Sprechchören den demonstrierenden Neonazis die Meinung sagen, oder einem Redner einer Kundgebung lautstark Fragen stellen?**

Vorsicht! (§7) Störungsverbot!

Sie haben eine Regenjacke oder Schirm dabei, Kaputzen, Mützen, lange Schals, weil nicht nur bei schönem Wetter demonstriert wird? Sie schieben ihr Rad und haben ihr Ketenschloss dabei?

Vorsicht! (§13) Schutzausrüstungs- und Vermummungsverbot!

Verstöße gegen diese Verbote können mit einer Freiheitsstrafe bis zu 1 Jahr oder Geldstrafe geahndet werden. Ordnungswidrigkeiten, wie der Einsatz eines abgelehnten Leiters, Abweichungen von den Durchführungsvorschriften oder der Einsatz eines Ordners ohne Armbinde kosten 1000-3000€!

Regierungen, die durch ihre Unterstützung für Banken, Konzerne und Milliardäre selbst für leere öffentliche Kassen gesorgt haben und nun für die sozialen Belange der Mehrheit der Bevölkerung kein Geld mehr locker machen wollen, brauchen solche Gesetze. Regierungen, die zulassen, dass Natur und Umwelt dem Profit geopfert werden, haben ein Interesse an umfassenden Film- und Tonaufzeichnungen und der Kontrolle auch über Versammlungen in geschlossenen Räumen.

Es könnte ja sein, dass die Zahl derer, die sich wehrt, Alternativen diskutiert und ihre Wut auf die Strasse trägt, mehr werden!

Wir, die wir gegen Schwimmbadschließungen, gegen Waldvernichtung, gegen die Verlängerung der Laufzeit für Atomkraftwerke, für bessere Bildung, für höhere Löhne und Renten, sowie für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen kämpfen, brauchen demokratische Rechte: Meinungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Streikrecht und eben auch Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit.

Wir brauchen vereinfachte Anmeldeeregeln, kurze Fristen, keine willkürlichen Auflagen, Akzeptanz neuer Formen wie Flash-Mobs und Freistellung von Kleinversammlungen von der Anmeldepflicht!

Gesetzesentwurf unter: http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/images/100112_NVersG.pdf

Hierzu gibt es einen interessanten Artikel auf - <http://www.taz.de/1/nord/artikel/1/friede-wird-buergerpflicht-1/> Zitat aus dem taz-Artikel: **Nach dem Gesetzesentwurf der Koalitionsfraktionen CDU und FDP sollen in Niedersachsen künftig alle Versammlun-**

Militärforschung unerwünscht

Der Frieden in dieser Stadt ist durch das Flughafenprojekt längst gestört. Das dokumentieren die 85 Protestdemonstrationen seit Beginn des Ausbaus.

Der Flughafen ausbau bricht den Frieden in mehrfacher Hinsicht:

– am augenfälligsten sicherlich durch die Eingriffe gegen die Natur sowie die drohende Kappung und Isolierung ganzer Orte im Norden der Stadt

– zunehmend aber auch durch behördliche Schikanen gegen die protestierenden Menschen, gegen das Glockengeläut, gegen den Einsatz eines Megaphons, gegen das Demonstrieren auf der Straße, gegen die Versammlungsleitung, ja sogar gegen das Tragen der gelben Weste. Dazu nun auch noch Militärforschung am Flughafen Braunschweig-Waggum.

Der Ausbau sei „essentiell“ nötig für Forschungen rund um den neuen Truppentransporter A 400 M.



Bisher war doch immer nur von „Forschung“ die Rede?

Niemand hat die eigentlichen Gründe für den Flughafen ausbau mitgeteilt. Die eigentlichen Gründe kamen erst durch die täglichen Protestmärsche häppchenweise ans Tageslicht.

Auch der demokratische Frieden in dieser Stadt ist seither gestört. Alle können mithelfen, den zivilen Frieden in dieser Stadt wiederherzustellen. Verhindern wir gemeinsam das Flughafenprojekt.

Kundgebungs-Beitrag der BI Waggum zum diesjährigen Ostermarsch am 3. 4. 2010



gen verboten sein, mit denen „eine einschüchternde Wirkung verbunden ist“. Strafbar macht sich, wer dazu beiträgt, dass eine Versammlung „nach dem äußeren Erscheinungsbild paramilitärisch geprägt wird oder sonst den Eindruck von Gewaltbereitschaft vermittelt“. Hier stellt sich die Frage, welche Motivation gibt es, das Versammlungsrecht weiter einzuschränken?

Dient es eventuell schon zur Vorbereitung, um ggf. Proteste bei den Atom-mülltransporten von ASSE nach Konrad abzuwehren? Hoffentlich wird dieses Vorhaben weiter kritisch in Frage gestellt! In Bayern wurde bei einem ähnlichen Versuch vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt. Das Gericht hatte dort die anlasslose Videoüberwachung bemängelt. Hier soll ein Grund-

recht „Grundrecht auf Versammlungsfreiheit“ weiter beschnitten werden! Zitat aus dem taz-Artikel: Niedersachsen will die Überwachung darum an Bedingungen knüpfen. So soll der Versammlungsleiter künftig Auskünfte über sich und auf Verlangen, auch über diejenigen herausgeben, die bei den Versammlungen als Ordner eingesetzt werden.

Wenn ein Versammlungsleiter oder ein Ordner „ungeeignet ist, während der Versammlung für Ordnung zu sorgen“, kann er von der zuständigen Behörde abgelehnt werden.

Wer entscheidet über die Eignung eines Leiters?

Welche Kriterien müssen demnächst erfüllt werden, um die Obrigkeit zufriedenzustellen?

Natur ohne Lobby



Im Nationalpark Harz wird „Natürliche Dynamik“ nicht gewährleistet, wie es eigentlich das Bundesnaturschutzgesetz § 24,2 vorschreibt.

CDU/FDP Regierung in Hannover sind zu schwach und unfähig, sich gegen die Förster- und Jägerlobby durchzusetzen.

Der „Erlebnisweg Wildtiere im Nationalpark“ wird vorläufig nicht eingerichtet. Deshalb werden Naturtouristen auch in Zukunft keine Hirsche beobachten.

www.buergerinitiative-nationalpark-harz.de

In Braunschweig versucht man schon jetzt, das Versammlungsrecht auszuhebeln. Das geht durch Auflagenbescheide aus dem Rathaus mit Festlegungen wie diesen: - „Ansprachen dürfen nur dann unter Verwendung elektroakustischer Hilfsmittel verstärkt werden, wenn die Zahl der Versammlungsteilnehmenden 50 Personen übersteigt.“ - Herr Peter Rosenbaum wird als Versammlungsleiter abgelehnt und darf nicht in dieser Funktion auftreten. - seitens der Demonstrationsteilnehmenden [dürfen] Schutzwesten [...] nicht mitgeführt werden. - [es dürfen] keine Personen teilnehmen, deren Aufmachung geeignet ist, die Feststellung der Identität zu verhindern. - die öffentliche Sicherheit und Ordnung [...] macht es aber erforderlich, dass das grundsätzlich anerkannte Demonstrationsrecht der Teilnehmenden in dem dargestellten Umgang begrenzt wird.“ Bescheid vom 30. 3. 2010.

Lebenswerte Umwelt mit „Guerilla Gardening“



Guerilla Gardening ist eine neue Form von Protest, die durch heimliche Aussaat von Pflanzen gegen triste Innenstädte und unbegrünte brachliegende Flächen protestiert. Mit Hilfe von Samenbomben (seed-bombs), die man vom fahrenden Rad aus oder beim Spaziergang unauffällig fallen lassen kann, wird versucht, die Umwelt wieder lebenswerter zu machen. Seedbombs bestehen aus einem Gemisch aus Erde, Ton und Samen, die zu Kugeln geformt und getrocknet werden. Noch einfacher ist es,

an geeigneten Stellen einfach ein paar Samen fallen zu lassen! Bekannt wurde G.G., als sich 2000 in London mit Gartengeräten und Setzlingen bewaffnete Globalisierungskritiker und Umweltaktivisten auf dem Parliament Square trafen, den Platz umgruben, um ihn anschließend zu bepflanzen. Von Großbritannien ausgehend verbreitet sich G.G. besonders in den Metropolen der westlichen Welt (allen voran New York). http://de.wikipedia.org/wiki/Guerilla_Gardening

Kennen Sie Elena?

ELENA (Elektronischer Leistungsnachweis) steht für den elektronischen Entgeltnachweis. Seit dem 01.01.2010 werden Einkommensnachweise vom Arbeitgeber nicht nur wie bisher den Angestellten ausgehändigt, sondern zusätzlich an eine zentrale Speicherstelle gesandt und dort für 5 Jahre gespeichert. Behörden können dann mit dem Einverständnis des leistungsberechtigten Bürgers die Daten online abfragen. Im Datensatz werden nicht nur Name, Geburtsdatum, Versicherungsnummer, Adresse etc. gespeichert, sondern auch

Informationen über Fehlzeiten, Abmahnungen, mögliches „Fehlverhalten“ und nach ursprünglicher Planung sogar auch Streikbeteiligung erfasst. Laut Begründung dienen diese Angaben für eine Entscheidung über eventuelle Sperrzeiten. Es besteht ein Anspruch auf Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten. Eine Auskunft ist aber vor 2012 nicht realisierbar, da der Abruf erst ab 2012 möglich ist. <http://wiki.piratenpartei.de/ELENA-Verfahren>

Wussten Sie schon...

- ... dass es in Braunschweig seit Mai 2002 keine Baumschutzsatzung mehr gibt und dass Braunschweig aus dem Klimabündnis ausgestiegen ist, um Kosten von 1.200 € im Jahr zu sparen?
- ... dass deutsche Wälder durch den erhöhten Holzeinschlag immer weniger CO₂ speichern können?
- ... dass die Kohlenstoffbindung der Wälder in den letzten 20 Jahren von 17 Mill auf 4,7 Mill Tonnen sank?
- ... dass bei Buchen mehr als die Hälfte der Holzmenge zu Brennholz oder Papier verarbeitet wird?
- ... dass ein Großteil der gefälltten Laubbäume nicht zu langlebigen Holzprodukten verarbeitet wird?
- ... dass seit der starken Nachfrage nach Holz -Pellets nun auch Waldhölzer zu Pellets verarbeitet werden?
- ... dass in deutschen Haushalten, Industrieanlagen, Landwirtschaft und Verkehr durch die Verbrennung fossiler Rohstoffe jährlich 830 Mill Tonnen CO₂ entstehen, wovon nur noch 2% von Wäldern gespeichert werden können?
- ... dass der volkswirtschaftliche Wert eines 100-jährigen Baumes bis zu 255.650 Euro beträgt? Berechnet wird der gesamte ökologische Wert, wie z.B. Speicherung von CO₂, Produktion von Sauerstoff, Schutz gegen Lärm, Wind und Erosion, Bindung von Feinstaub, Verdunstung von Wasser ...
- ... dass man für einen hundertjährigen Baum 2000 junge Bäume pflanzen müsste, um seine Leistung zu ersetzen?
- ... dass ein hundertjähriger Baum pro Jahr etwa 1 Tonne Feinstaub bindet? und dadurch die Luftqualität in den Städten verbessert?
- ... dass ein hundertjähriger Baum 13 kg Sauerstoff am Tag produziert und damit 10 bis 20 Menschen versorgt?
- ... dass ein hundertjähriger Baum 18 kg Kohlendioxid an einem Sonnentag verarbeitet?
- ... dass ein hundertjähriger Baum an einem heißen Tag 400 Liter Wasser verdunstet, die Luftfeuchtigkeit erhöht und dadurch die Atemluft verbessert?
- ... dass die EU plant, Palmölplantagen mit Wäldern gleichzusetzen? Und das, obwohl in Indonesien die letzten Regenwälder für Palmöl gerodet werden? Palmöl ist das billigste Öl und wird bei uns in Margarine, Keksen, Speiseeis, Schokolade, Fertigsuppen, Wasch- und Reinigungsmitteln verwendet.
- ... dass jedes T-Shirt aus Bio-Baumwolle der Umwelt 150 Gramm Gift auf dem Acker erspart?
- ... dass Braunschweig nur 11 % Waldanteil besitzt? Nach der Rodung für die Startbahnverlängerung beträgt der Waldanteil nur noch 7%.

Auch im letzten Jagdjahr 2009/2010 hat die Nationalparkverwaltung massiv Rotwild vernichtet. Insgesamt wurden von etwas weniger als 300 Schützen durch Dauerbejagung allein im niedersächsischen Teil des Nationalpark Harz, auch während der Hirschbrunft, insgesamt 385 Stück Rotwild umgebracht – bekanntlich entgegen dem Sinn und Zweck des Bundesnaturschutzgesetzes (§ 24(2)). Dieser ethische, ökologische und ethologische Skandal spielt sich in aller Heimlichkeit ab und wird vertuscht, kein Wort davon auf der Internetseite des Nationalpark Harz. Für mehr Informationen steht die Seite www.buergerinitiative-nationalpark-harz.de zur Verfügung.

Ein Stolperstein für Erna Wazinski (1925-1944)

19 Jahre alt war die Rüstungsarbeiterin Erna Wazinski, als sie im Zuchthaus Wolfenbüttel mit dem Fallbeil hingerichtet wurde.

Nach dem Bombenangriff auf Braunschweig am 14./15. Oktober 1944 hatte sie in den Trümmern ihrer Wohnung nach Habseligkeiten gesucht und dabei einiges mitgenommen, was sie für den Besitz ihrer Mutter hielt. Eine Nachbarin denunzierte dies als Plünderung, und die junge Frau kam als „Volkschädling“ vor eines der berüchtigten Sondergerichte. Ihr Geständnis war offensichtlich durch Misshandlungen erzwungen. Es gab zahlreiche Fälle dieser Art, aber Erna Wazinski war die einzige, die für dieses Delikt zum Tode verurteilt wurde. Alle Gnadengesuche

wurden abgelehnt. Nach dem Krieg bemühte sich die Mutter um eine Wiedergutmachung, die aber vom Land Niedersachsen nicht genehmigt wurde, weil die Gerichte sich weigerten, die junge Frau zu rehabilitieren. Mehrere Anläufe scheiterten, bis 1991 ein neuer Zeuge auftrat, der für Erna Wazinski aussagte; sie wurde nachträglich freigesprochen. Tatkräftig für ihre Rehabilitation hatte sich der damalige Richter am Landgericht Braunschweig, Dr. Helmut Kramer, eingesetzt. (Erst 1998 wurden NS-Urteile gegen „Volkschädlinge“ generell aufgehoben). In krassem Gegensatz zur Nachkriegsgeschichte des Falls Erna Wazinski steht der des vorsitzenden Richters am Sondergericht, der nicht nur für das Urteil

gegen sie verantwortlich war, sondern auch noch an weiteren 58 Todesurteilen mitgewirkt hatte. Nach seiner Entnazifizierung 1950 trat er in den Dienst der Evangelischen Landeskirche Braunschweig, wo er bis zum Präsidenten der Generalsynode aufstieg. Zwar ist der Fall Erna Wazinski in der lokalen Öffentlichkeit bekannt geworden (nicht zuletzt durch das Schauspiel „Die Braunschweigische Johanna“), aber kein Gedenkstein erinnert an die Tote. Daher setzt sich das Friedenszentrum für die Verlegung eines Stolpersteins in der Langedammstraße ein, wo sie zuletzt gewohnt hat. Inzwischen hat der Verein „Stolpersteine e.V.“ die Steinlegung zugesagt; sie wird 2011 oder 2012 erfolgen. *Inge Gerlach*

Hätten Sie gewusst...

... dass die Korvette Braunschweig und auch die anderen Kriegsschiffe der Braunschweig-Klasse gleich nach der In-Dienst-Stellung defekt waren und seither aufwändig repariert werden?

... dass wesentlicher Grund für Geheimnistuerei rund um den Flughafen- ausbau militärische Forschungsprojekte z.B. für das neue Transportflugzeug A400-M sind? Gemäß Gutachten des „Airport Research Center“ Aachen von Januar 2005 sei die Flughafenerweiterung „essentiell“ für Forschungen des DLR am neuen Militärtransportflugzeug A400-M, dem Nachfolgetransportflugzeug der Bundeswehr-Transall.

Wörtlich heißt es im Gutachten der Aachener Gutachter auf S. 22:

„Dazu werden in einigen Jahren Prototypen oder Vorserienmodelle A400-M der zweiten Auslieferungslieferung nach Braunschweig gebracht und zu Versuchs- und Messzwecken gebaut.“



„Oxfam Shop“ Braunschweig

Oxfam: Wer kennt das nicht: der Kleiderschrank quillt über, im Keller und in den Regalen liegen viele Dinge, die man nicht mehr braucht, die aber noch gut erhalten und zu schade zum Wegwerfen sind? Wer mit gut erhaltenem Überflüssigem noch etwas Gutes tun will, bringt die Dinge in den Oxfamladen. Dort wird alles von Ehrenamtlichen sortiert,

mit Preisen versehen und verkauft. Es lohnt sich, dort ab und zu zu stöbern! Der Erlös aus den gespendeten, überflüssigen Waren fließt in „flüssige Hilfe“ weltweit. Angenommen wird saubere, unversehrte Bekleidung der Saison für Damen, Herren und Kinder, Gürtel, Schals, Taschen, Krawatten, Mützen, Porzellan, Geschirr, Souvenir, Nippes,

Sportartikel, Antiquitäten, Schmuck, alte Puppen, Spielzeug, Bücher Heimtextilien, CD's, Videos, Hörbücher...

*Oxfam Shop Braunschweig
Neue Straße 21, 38100 Braunschweig
Telefon (05 31) 12 06 37 6
Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 10-19 Uhr Sa: 10-15 Uhr
www.oxfam.de/shops/braunschweig*

...wie geht es weiter mit der Braunschweiger Zeitung?

Vom Regen in die Traufe?

Auf Paul-Josef Raue, Chefredakteur der BZ bis Anfang Dezember 2009, folgt zum 1. Juli 2010 Armin Maus, derzeit Chefredakteur des „Fränkischer Tag“ in Bamberg. Um etwas über den neuen Chefredakteur in der Hoffnung auf eine demokratische und kritische Berichterstattung zu erfahren, gibt Google einige Hinweise. In einem Abschiedsbrief vom 17. 5. 2009 an Chefredakteur Maus heißt es: „...wir dachten eigentlich, dass der Gipfel der abgrundtiefen Dummheit, Intoleranz und Ignoranz schon erreicht war, doch in dem als Tageszeitung verkleideten Witzblatt namens „Fränkischer Tag“, Bamberg haben Sie in der letzten Woche erneut eindrucksvoll bewiesen, dass das journalistische Jammertal im Verlag unter Ihrer Leitung noch lange nicht überwunden zu sein scheint.“

Anlass hierfür ist die mehrmals unterlassene Berichterstattung über die Grausamkeiten der katholischen Inquisition in Bamberg. Die Arbeit einer Initiative zur Hexenverfolgung im Erzbistum Bamberg im 17. Jahrhundert wurde vom „Fränkischer Tag“ konsequent ignoriert, während die Süddeutsche Zeitung, die FAZ, BILD, der bayerische Rundfunk und Radio Bamberg berichteten. *Siehe auch: <http://www.ralph-kloos.de>* Eine kontroverse Podiumsdiskussion in der Universität Bamberg am 21. Januar 2010 kritisierte das Monopol des „Fränkischer Tag“ hinsichtlich der lokalen politischen Berichterstattung. Und Bamberger Studenten monierten eine fehlende Nähe des „Fränkischer Tag“ und der Lokalspitze zu den Studierenden. Bleibt zu befürchten, dass sich für Braunschweig und die Leserschaft der Braunschweiger Zeitung nichts ändert.

Mehr Informationen finden Sie im Internet unter
www.braunschweig-online.info
www.unser-braunschweig.de